

N i e d e r s c h r i f t

**der 13. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.09.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:05 Uhr bis 21:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:25 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 21:35 Uhr
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 19:50 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:13 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 15:30 – 19:00 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	bis 18:00 Uhr
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 14:10 Uhr
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 14:40 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	bis 19:45 Uhr
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	ab 15:07 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	
Kay Senius	SPD-Fraktion	bis 21:30 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 20:00 Uhr
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:30 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Markus Klätte	Stadtrat	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	
Egbert Geier	Bürgermeister	
Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete	
Tobias Kogge	Beigeordneter	
Sabine Ernst	Verwaltung	
Oliver Paulsen	Verwaltung	
Marco Schreyer	Verwaltung	
Maik Stehle	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Dr. Michael Lämmerhirt
Andreas Schachtschneider
Sven Knöchel
Karamba Diaby
Tom Wolter
Wolfgang Aldag
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt
Christian Feigl
Helmut-Ernst Kaßner
Gisela Wagner

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
SPD-Fraktion
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtrat
Stadträtin

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Damen und Herren Stadträte zur 13. öffentlichen Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Frau Ina Buschner zu Spontanpartys am Kanal

Frau Buschner informierte über eine am Wochenende stattgefundenene Spontanparty am Kanal mit einer bis zur Vogelweide bzw. bis zum Südpark in Halle-Neustadt reichenden Lärmbelästigung.

Unmittelbar neben dem Kanal befindet sich das Naturschutzgebiet Rabeninsel und **Frau Buschner** bat darum, über den Standort für Spontanpartys nachzudenken, da mehr als tausend Einwohner und auch das Tierreich von dem Lärm betroffen waren.

Sie fragte an, was die Stadtverwaltung betreffs der Spontanpartys an diesem Ort zu tun gedenke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung der angeführten Zustände sowie eine schriftliche Antwort an Frau Buschner zu.

Des Weiteren wies **Frau Buschner** darauf hin, dass es sich bei den Feiernden um Jugendliche gehandelt habe. Sie fragte nach, ob Suchtberatungsstellen bzw. Streetworker informiert und vor Ort geschickt worden sind.

Dazu wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** der Hinweis gegeben, dass es sich um eine privat durchgeführte Spontanparty gehandelt habe und keine Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer Absicherung durch Streetworker vorlagen.

Herr Helmut Herms zum geplanten Fuß- und Radweg Wickenweg

In Bezug auf die beabsichtigte Spende für den geplanten Fuß- und Radweg Wickenweg verwies **Herr Herms** auf die Mitteilung in der Presse, dass ein Motiv für die Spende die Enterbung der Kinder sei.

In diesem Zusammenhang fragte er an, ob es der Würde des Stadtrates entspricht, eine solche Handlung mit der Annahme der Spende zu unterstützen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte deutlich, dass es sich hier um eine zusätzliche Information handelt, der Stadt aber auch bei anderen Spendern die Intention der Spende nicht bekannt sei.

Die Position der Stadt wurde rechtlich geprüft und durch die Annahme der Spende käme die Stadt nicht in Schwierigkeiten.

Frau Dr. Jana Klapproth zum geplanten Fuß- und Radweg Wickenweg

Frau Klapproth schloss sich den Ausführungen von Herrn Herms an. Sie fragte nach, weshalb die Stadt jetzt einen Weg fordert, dem sie bisher nur eine geringe Priorität zugemessen hat. Der Weg führe durch ein gesetzlich geschütztes Biotop und über einen kampfmittelbelasteten Bereich.

Sie bat darum, in die Entscheidung mit einzubeziehen, dass der Weg nur einem geringen Benutzerkreis zur Verfügung stehen wird.

Da der Weg durch ein gesetzlich geschütztes Biotop führt fragte **Frau Klapproth** nach, wo die erforderlichen Ersatzpflanzungen erfolgen sollen und wer bei einer Kampfmittelbelastung die Kosten der Beräumung trägt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung für den Teil der Fragen zu Ersatzpflanzungen und der Kampfmittelbeseitigung zu.

Des Weiteren teilte er mit, dass es einen Planer gäbe, der die Beauftragung einer Baufirma übernimmt, was einen Teil der Spende darstellt. Die Stadt hatte dabei nur die Aufgabe, die Kriterien der Planung zu definieren.

Herr Prof. Dr. Hans-Joachim Liste zum geplanten Fuß- und Radweg Wickenweg

Herr Prof. Dr. Liste bezog sich auf die Einwohnerversammlung in Juni dieses Jahres, in welcher sich die Einwohner eindeutig gegen den Weg ausgesprochen hatten.

Im vorliegenden Papier der Verwaltung werde jedoch zum Ausdruck gebracht, dass die Realisierung des Weges im Interesse der Stadt liege.

Seiner Ansicht nach wurde bei der Veranstaltung klar dargestellt, dass den Weg niemand will und niemand braucht.

Herr Prof. Dr. Liste machte ebenso darauf aufmerksam, dass im Papier der Verwaltung Meinungen von über 250 Einwohnern für den Weg aufgelistet worden sind, jedoch die überwiegende Mehrheit der an der Veranstaltung teilgenommenen Bürger sich auf der Liste gegen den Weg ausgesprochen hätten.

Er bat um eine Erläuterung der von der Verwaltung dargestellten Auflistungen.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde darauf hingewiesen, dass die Verwaltung die Zusagen aus der Einwohnerversammlung und die dort beschriebenen Verfahren dargestellt habe.

In einer Bürgerinformationsveranstaltung könne auch keine Abstimmung dahingehend durchgeführt werden, ob die Verwaltung die Spende eines Bürgers annimmt oder nicht. Dies sei laut Kommunalverfassungsgesetz ab einer Wertgrenze von über 1.000 Euro eine Aufgabe des Stadtrates.

Es wurde auch klar kommuniziert, dass dem Stadtrat eine Vorlage unterbreitet wird, ob der Stadtrat die Spende annehmen möchte.

Durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** wurde noch einmal angemerkt, dass es für den Weg im Vergleich mit anderen Projekten in der Stadt nicht die höchste Priorität gab, aber die Planung auch nicht verworfen wurde.

In dem vorliegenden Papier der Verwaltung aus der Einwohnerversammlung wurden die der Verwaltung bekannten Unterschriftenlisten für und gegen den Weg zahlenmäßig benannt, um den Stadtrat in die Lage zu versetzen, über die Annahme der Spende zu entscheiden.

Abschließend stellte **Herr Prof. Dr. Liste** fest, dass sich die von Herrn Beigeordneten Stäglin gemachten Ausführungen gegen den Willen aller beteiligter Anwohner richtet, welche sich gegen den Weg ausgesprochen hätten.

Frau Ursula Pöllmann zum geplanten Rad- und Fußweg Wickenweg

Frau Pöllmann fragte an, ob es sich bei dem geplanten Rad- und Fußweg Wickenweg um ein öffentliches oder um ein privates Bauvorhaben handelt.

Des Weiteren machte sie darauf aufmerksam, dass Herr Mühlbach schon mehrmals unter Zeugen geäußert habe, den Weg eigentlich nicht bauen zu wollen. Sie bat die Verwaltung um Rücksprache mit Herrn Mühlbach zu dem Vorhaben.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass Herr Mühlbach in der Einwohnerfragestunde die Möglichkeit hätte, sich zu dem Thema zu äußern.

Herr Rainer Trebst zum geplanten Fuß- und Radweg Wickenweg

Herr Trebst informierte darüber, dass laut dem Grenzfeststellungsplan für einen Teil des geplanten Weges, der ein Rad- und Wanderweg sein soll, maximal eine Breite von einem Meter bis 1,10 Meter zur Verfügung steht.

In diesem Zusammenhang fragte er an, wie das mit den rechtlichen Bauvorschriften in Einklang gebracht werden soll.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Horst Mühlbach zum geplanten Rad- und Fußweg Wickenweg

Herr Mühlbach teilte mit, dass im Jahr 2006 der Stadtrat den Bau des Weges beschlossen hat, mit der Erklärung, dass es sich um einen öffentlichen Weg mit Freizeitcharakter handelt.

In der im Juni dieses Jahres stattgefundenen Einwohnerversammlung habe er 251 Unterschriften für den Bau des Weges erhalten. Auf Grund des Zeitungsartikels zu diesem Thema meldeten sich weitere Unterstützer.

Herr Mühlbach übergab 485 Unterschriften von Befürwortern des Wegebaues an die Verwaltung.

Herr Helmut Schwarz zum Motoball-Club 7090 e. V. Halle auf dem Hartplatz II im Stadion von Halle-Neustadt

Herr Schwarz sprach im Namen der Bürgerinitiative der Anwohner der Straßen Am Bruchsee, Hallesche Straße und Iltisweg und teilte mit, dass sie seit über 20 Jahren die Ämter der Stadt über die regelmäßige Verletzung der für den Motoballbetrieb erteilten Auflagen informieren. Entgegen den Erwartungen verschlechterte sich die Situation für die Anwohner ständig.

Er fragte an:

- Wann kündigt die Stadt Halle den Nutzungsvertrag für den im Wohngebiet liegenden Motoball-Platz?
- Welches Fachamt ist für die Erteilung und Einhaltung der behördlichen Auflagen für den Motoballbetrieb zuständig und warum werden die Verpflichtungen nicht erfüllt? Dies betrifft insbesondere die vorgeschriebenen Maschinenlaufzeiten von 240 Minuten pro Tag und die Einhaltung der Mittags- und Nachtruhezeiten.
- Warum kann die untere Immissionsschutzbehörde, die vom Motoball-Verein gestellten Anträge für Partyveranstaltungen bis 2 Uhr morgens genehmigen?

Des Weiteren informierte **Herr Schwarz** darüber, dass bereits im vorigen Jahr über 150 Anwohner die genannten Forderungen mit einer Unterschriftensammlung gegenüber dem Fachbereich Kultur und Sport geltend machten und übergab eine Kopie der Unterschriftenlisten.

Laut Aussage von **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, liegt zurzeit kein Kündigungsgrund vor. Eine Kündigung sei nur möglich, wenn das Verhalten den Anordnungen zuwider laufen würde, was bisher nicht feststellbar war.

Für die Überprüfung der Einhaltung der behördlichen Auflagen sei die Stadt zuständig. Der Verein führe dazu ein Betriebstagebuch, insbesondere zu Maschinenlaufzeiten und die Einhaltung der Ruhezeiten.

In Bezug auf die von Herrn Schwarz benannte Veranstaltung verwies **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** auf deren Zulässigkeit. Das Sommerfest wurde in der nachträglichen Anordnung erfasst. Dagegen wurde Widerspruch eingelegt und das Verfahren sei noch in Bearbeitung beim Landesverwaltungsamt.

Sie wies weiter darauf hin, dass das Thema vom Fachbereich Sport in Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen der Stadtverwaltung betreut wird.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schwarz** wie die Maschinenlaufzeiten festgestellt wurden, teilte **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** mit, dass es Abfragen beim Verein dazu gab und kein zuwiderlaufendes Verhalten erkennbar war.

Ebenso wurden Lärmschutzgutachten angefordert, welche ebenfalls kein Fehlverhalten feststellten.

Herr Martin Pöllmann zu Müll im Zöberitzer Weg

Herr Pöllmann informierte darüber, dass der geplante Rad- und Fußweg Wickenweg auf den Zöberitzer Weg trifft, welcher stark vermüllt ist. Er fragte an, wer für die Müllbeseitigung verantwortlich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass für die Müllentsorgung die Stadt verantwortlich sei. Er sagte eine Besichtigung des Weges und die Beseitigung des Mülls an der von Herrn Pöllmann bezeichneten Stelle zu.

Frau Claudia Rosenthal zur Schließung der Dreyhauptschule

Frau Rosenthal fragte an, in wie fern die Stadt Halle als Schulträger begründen kann, nachhaltig zu handeln, wenn die BBS III, Dreyhauptschule geschlossen werden soll.

Ihrer Ansicht nach sei nicht klar ersichtlich, warum die Stadt Halle systematisch die Anzahl der berufsbildenden Schulen verkleinern möchte. Dies stehe im Widerspruch zur vielseitigen Bildungslandschaft, mit der sich Halle als größte Stadt in Sachsen-Anhalt nach innen und außen präsentieren möchte.

Weiterhin machte sie darauf aufmerksam, dass in der Schule die entsprechenden räumlichen, wie auch personellen Bedingungen für eine Ausbildung im Bereich Medien vorhanden sind.

Frau Rosenthal fragte nach, wie nachhaltig mit den Energiehaushalten der Lehrer umgegangen werde, die sich an der Schule wohlfühlen und deshalb qualitativ hochwertige Arbeit leisten und wie nachhaltig wirkt sich ein Verdrängen und Hin- und Herschieben der Lehrer auf deren Gesundheit und die Arbeitsqualität aus?

Abschließend wurde durch **Frau Rosenthal** darauf verwiesen, dass in der letzten Bildungsausschusssitzung verkündet wurde, dass die Stadt Halle die Erarbeitung eines Bildungskonzeptes anstrebt. Sie fragte an, wie nachhaltig dazu die Zerschlagung einer funktionierenden Schule steht.

Herr Kogge erklärte, dass die Thematik Schulnetzplanung in der öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses, in welcher Frau Rosenthal anwesend war und daher die intensiv ausgetauschten Argumente kennt, behandelt wurde.

Im Zuge der Beschlussfassung zur Schulnetzplanung werden die Schulen angehört. Dazu zählen Vertreter der Elternschaft, Vertreter der Lehrerschaft und Vertreter der Schülerschaft sowie der Rektoren.

Die Konzepte sind bekannt. Es handelt sich nicht um eine Zerschlagung, sondern um eine weitere Gestaltung in der Schullandschaft. Es geht nicht um das Ablegen oder Verlegen einer Schule im Sinne von Schließen, sondern es geht darum, dass die Kurse und Angebote an anderen Schulen mit verteilt werden. So sieht der Vorschlag momentan aus. Die Stadträtinnen und Stadträte sind kritisch und bringen ihre Position mit ein.

Herr Kogge bat darum, dass die Betroffenen an den öffentlichen Sitzungen teilnehmen. Dort können sie als Vertreter ihrer Schule teilnehmen. Das wäre eine Möglichkeit an dieser Stelle

fachgerecht die Diskussion zu führen. Leichtsinnig oder leichtfertig zerschlägt die Stadt mit Sicherheit nichts. Es gibt konzeptionelle und strukturelle Gebäudeüberlegungen.

Herr Kogge sagte, gern die Diskussion in den entsprechenden Fachausschüssen mit den Betroffenen aufnehmen zu wollen.

Herr Bernd Müller zur Schulentwicklungsplanung

Herr Müller sagte, dass der alte Schulentwicklungsplan vorsah, in den Objekten Oleariusstraße, Gutjahrstraße und Dreyhauptstraße ein neues städtisches Gymnasium zu schaffen. Zwischenzeitlich sind viele Dinge geschehen, finanzielle Mittel stehen nicht mehr zur Verfügung. Die neue Planung sieht nun vor, dass ein Gymnasium errichtet, die Dreyhauptschule aufgelöst und es drei Schulfusionen geben wird.

Dies passt zu einem Satz aus dem Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Bildungskonzeptes, wo es heißt: „Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Schulentwicklungsplanung der einzelnen Schulformen in unserer Stadt kaum langfristig angelegt und schon gar kein Ersatz für ein umfassendes Konzept ist.“

Sollte die Planung so umgesetzt werden, hieße das folgendes: man habe ein neues Gymnasium in zwei Gebäuden, welche als Berufsschulen saniert wurden. Es gibt eine Turnhalle, die aus Fluthilfemitteln finanziert wird und die Stadt sagt, für dieses Projekt nehme man Eigenmittel in die Hand in Höhe von von 8 Mio. Euro. Auf der anderen Seite wird die Berufsschule durcheinander gewirbelt, es erfolgen drei Fusionen und man erhält keine Geld.

Herr Müller fragt daher, ob die Stadt der Auffassung ist, dass das ein gerechter Plan ist. Ist das ein Plan, der die unterschiedlichen Schulformen wirklich gleich behandelt?

Herr Kogge sprach seine Verwunderung aus, dass genau einzelne Teile zitiert, andere aber weggelassen werden. Herr Müller habe vergessen, dass gerade im Bereich der Berufsschulen viel investiert wird. Gut, dass das neue Gymnasium am Hallmarkt erwähnt wurde, aber nicht zu vergessen ist, dass auch der Ausbau im Weidenplan für die Berufsschule V realisiert wird. Auch dort versucht man sich auf einen Bereich zu konzentrieren, welche zuvor auf drei Standorte verteilt war, mit unmöglichen Bedingungen in der Rainstraße.

Herr Kogge sagte, dass die zwei Punkte getrennt werden müssen. Eine Bildungslandschaft richtet sich an die Schüler, Bildungsangebote entsprechend der Form in der Stadt zu bekommen. In welcher Form nachher diese Bildungsstrukturen geregelt sind, ob das drei Rektorate oder fünf Rektorate sind, ist weniger interessant. Interessant ist die Frage der Organisation.

Jede Stadt und jeder Kreis organisiert seine entsprechenden Landschaften. Auch die Stadt Halle (Saale). Auch Halle (Saale) ist auf Grund verschiedener finanziellen, aber auch demografischer Zwänge dazu gedrängt worden. Zeitweise stand auch Halle (Saale) kein Geld für die Bildungslandschaft zur Verfügung. Das gestaltet sich zukünftig besser. Dies wird später zur Haushaltseinführung aufgezeigt.

Herr Kogge sagte, wenn man Bildung stärker möchte, entsprechend andere Dinge zurückzustellen sind. Anfänglich hatte man ein neues Gebäude für die BBS III geplant,

finanziert über STARK III Mittel. Die jetzige Situation zeigt, dass man die Bildungslandschaft erhalten möchte. Das bedeutet nicht, alle Rektorate zu erhalten.

Herr Kogge bat, die Fachdiskussion im Fachausschuss zu führen. Er rief auf, dass sich die Betroffenen daran beteiligen.

Herr Müller fragte noch einmal nach, ob der Plan, wie er jetzt vorgesehen ist, die Schulformen gerecht und gleichmäßig behandelt.

Herr Kogge sagte, dass alle Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) mit Angeboten versorgt werden. Dazu wurde in der alten Schulnetzplanung eine neue IGS geschaffen. Es wurde ein neues Gymnasium geschaffen. Demnächst wird eine zusätzliche neue Grundschule geschaffen. Halle (Saale) ist zum ersten Mal eine Stadt, die neue Schulen schafft. Das ist auch im Land Sachsen-Anhalt eine neue Tendenz. Und man saniere; insbesondere im Berufsschulbereich. Erinnerung man sich an die Weidenplanschule. Auch dort habe man damals angefangen, zum Beispiel mit den ppp-Modellen oder im ESF-Mittelbereich, zweimal Berufsschulen groß zu sanieren. Aufzuzeigen wäre hier auch Waisenhausring. Man ist nicht an der Bildungslandschaft der Berufsschulen vorbeigegangen, was die Sanierung betrifft. Da gibt es andere Schulen, wie die Förderschulen, welche im Bereich der Mittel für Sanierung in den letzten Jahren weniger gehabt haben.

Frau Katrin Gohr zur Schulsozialarbeit an der GS Ulrich von Hutten

Frau Gohr, Schulleiterin GS Ulrich von Hutten, sprach im Namen ihrer 290 Schülerinnen und Schüler. Ihr gehe es um die Schulsozialarbeit. Ihre Schulsozialarbeiterin wurde in den letzten drei Jahren über Bildung und Teilhabe finanziert und man hatte das Glück, durch ihre Tätigkeit den Schülern an der Schule eine Chancengleichheit zukommen zu lassen. Sie machte deutlich, dass es wichtig wäre, die Schulsozialarbeit zu erhalten bzw. wieder neu zu finanzieren. Gerade auch deswegen, weil sich die Schule gegenüber einer Gemeinschaftsunterkunft befinde und man nicht wisse, wie viele Schüler noch kommen werden. Man möchte die Willkommenskultur des Landes sehr gern umsetzen. Dies gestalte sich aber im Moment schwierig, weil man keinen Überhang an Lehrer habe. Eine Schulsozialarbeiterin wäre sehr wichtig für alle Tätigkeiten, wie zum Beispiel Schüler willkommen zu heißen, diese zu unterstützen, aber auch alleinerziehende Väter zu unterstützen, damit sie ihre Kinder gut versorgen können.

Aus dem Grund fragte Frau Gohr, ob Sie auf Unterstützung, dass für ihre Schule eine Schulsozialarbeiterstelle finanziert wird, hoffen kann.

Herr Kogge erklärte, dass Halle (Saale) mit einer der ersten Städte war, die im Rahmen Bildung und Teilhabe Schulsozialarbeit mit finanziert haben. Das Land habe mehr Sozialarbeiterstellen bewilligt als in den Jahren zuvor. Dies sei ein positiver Erfolg.

Das nicht alle Sozialarbeiterstellen bewilligt wurden, habe zwei Gründe. Zum einen seien falsche Formblätter verwendet wurden und zum anderen wurden Anträge mangelhaft ausgefüllt. In den Fällen wurden die Anträge vom Land nicht berücksichtigt. Die Verantwortung liegt jedoch bei jedem Antragsteller selbst.

Herr Kogge gab Frau Gohr aber vollkommen recht, dass ihre Schule Hilfe im Rahmen der Schulsozialarbeit benötigt. Insbesondere durch die Sozialproblematik innerhalb der Schule und um die Schule herum ist es notwendig, fachlich mehr Unterstützung zu erhalten.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 wird das entsprechend diskutiert werden. **Herr Kogge** machte noch einmal deutlich, dass die Diskussion im Jugendhilfeausschuss geführt und das Problem auch klar erkannt wurde. Man werde sich in den Gremien weiter intensiv damit beschäftigen.

Frau Heike Wolf zur Schulsozialarbeit an der GS Südstadt

Frau Wolf, GS Südstadt, sprach im Namen ihrer 254 Schülerinnen und Schüler.

Die Schule befinde sich in einem Wohngebiet mit vielen sozial schwachen Familien, teilweise auch bildungsfernen Familien. Die soziale Gleichberechtigung liegt der Schule sehr am Herzen. Man habe viele Familien, die über Bildung und Teilhabe Freizeit und Bildung finanziert bekommen. Man hatte in der Vergangenheit einen Sozialarbeiter, der aber zukünftig nicht mehr zur Verfügung steht.

Frau Wolf bat auch für ihre Schule, dass eine Sozialarbeiterstelle finanziert wird. Man benötige dringend Unterstützung. Auch ihre personelle Abdeckung sei sehr eng und die Belastung sehr groß. Hinzu kommend, auch künftig, viele Flüchtlingskindern, was eine Schulsozialarbeit wirklich von Nöten macht.

Frau Wolf bat, dass die Schulen, die jetzt nicht mit einer Schulsozialarbeiterstelle bedacht worden sind, unterstützt werden.

Herr Kogge erklärte, dass sich der Jugendhilfeausschuss mittels Prioritäten und Kriterien verständigt habe, welche Schulen dringend eine Schulsozialarbeiterstelle benötigen. Die GS Südstadt ist damit bedacht. Die Verwaltung habe auch in der Vergangenheit die GS Südstadt in ihrer Stellungnahme beim Land unterstützt.

Herr Kogge machte noch einmal deutlich, dass bei vielen Schulen eine Diskussion geführt werden muss für eine Sozialarbeiterstelle.

Frau Melanie Milde zur Schulsozialarbeit an der GS August-Hermann-Francke

Frau Milde, Schulleiterin GS August-Hermann-Francke, sprach für ihre Schule. Dort gehen 260 Kinder zur Schüler, 40 % davon, also 102 Kinder haben einen Migrationshintergrund. 56 Kinder benötigen eine Sprachförderung, weil sie kein oder kaum deutsch sprechen. Hinzu kommen Kinder, die sonderpädagogischen Bedarf haben. Es kommen Kinder dazu, die alleinerziehende Eltern haben, Kinder die auf Bildung und Teilhabe in allen Bereichen angewiesen sind. Man habe auch Kinder ohne solche Hintergründe und Kinder mit vielfältigen Begabungen. Alle diese Kinder sind in der Schule willkommen und alle sollen die gleiche Chance bekommen. Die Schule allein kann das nicht leisten.

Frau Milde erklärte, dass bis jetzt die Unterstützung durch eine Schulsozialarbeiterin gegeben war. Diese hat die Kooperationen gepflegt und die Kinder auch außerhalb der Schule im Bereich Sprache oder im Bereich lernen gefördert. Sie hat die Eltern unterstützt, Anträge auszufüllen und Workshops und Projekte organisiert, um gemeinsames Lernen zu fördern. Das ist jetzt alles weggefallen. Das ist ein Problem für die Schule und auch für die Eltern.

Frau Milde fragte daher, wie die Chancen aussehen, Schulsozialarbeit wieder zu bekommen.

Herr Kogge sagte, dass im Jugendhilfeausschuss wiederholt zur Thematik Schulsozialarbeit diskutiert wurde. Es wurde vereinbart, dass es Prioritätensetzung geben soll, insbesondere bei den Schulen mit besonders auffälligen Zahlen. Dazu gehört die GS August-Hermann-Francke. Gerade in dieser Schule existiert ein ganz besonders starker Migrationshintergrund. Hinzukommend das man den Einzugsbereich noch einmal verändern wird, wenn die neue Grundschule Glaucha entsteht. Dies würde die Zahlen in der Gesamtheit entlasten, aber nicht den Anteil an Migranten. Aus diesem Grund muss darüber diskutiert werden. Aufgrund des Zustroms an Flüchtlingskindern wird man über die Thematik sowieso noch diskutieren müssen.

Herr Kogge bat, dass bei der Diskussion zur Schulsozialarbeit auch der Hort mit aufgenommen und diskutiert wird, weil nicht nur am Vormittag die Schule, sondern am Nachmittag auch der Hort dieselben Diskussionen haben wird.

Herr Kogge sagte zu, die Thematik und Fälle mit in die Diskussion im Jugendhilfeausschuss aufzunehmen.

Frau Anna Weide zur Schulsozialarbeit an der GS August-Hermann-Francke

Frau Weide stellte sich als Vorsitzende des Schulleiternrates vor. Dadurch habe sie umfassenden und intensiven Einblick an der Schule. Seit Wegfall der Schulsozialarbeit leistet die Schulleitung 120 Prozent. Es wird versucht, viel über Ehrenämter abzudecken. Sie sagte, 170 Eltern unterschrieben haben, dass diese Schule die Schulsozialarbeit benötige.

Frau Weide fragte, ob die Schule auf die Unterstützung hoffen dürfe und übergab Herrn Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand die Unterschriftensammlung.

Herr Winfried Pethe zur Haltestelle am HEP

Herr Pethe informierte, dass die Beleuchtung der Haltestelle am HEP seit 2012 ausgeschaltet sei. Die HAVAG teilte auf Nachfrage im Sommer 2012 mit, dass die Beleuchtung aufgrund der Baumaßnahme „Espitas“ abgeschaltet wurde. Trotz der Eröffnung des Restaurants im Herbst 2012 wurde die Beleuchtung an der Haltestelle nicht wieder eingeschaltet. An der Haltestelle fahren bereits regelmäßig Busse an wartenden Fahrgästen vorbei, weil diese nicht gesehen werden.

Herr Pethe fragte, wer für die Wiederinbetriebnahme der Beleuchtung zuständig sei. Weiterhin fragte er, wie auf die Änderung der Fahrpläne der Linie S3 hinsichtlich der Linien 26 und 43 reagiert werde.

Herr Beigeordneter Stäglin teilte mit, dass man aufgrund der Komplexität der Fragestellungen diese schriftlich beantworten werde.

Herr Günther Cautius zum Golfplatz am Hufeisensee

Herr Cautius fragte, ob die Golfanlage am Hufeisensee realisiert werden solle. Durch die ehemalige Deponie würde eine Vergiftungsgefahr bestehen. Weiterhin sehe er die Gefahr, dass der Straßen- und Schienenverkehr durch Golfbälle beeinträchtigt werden könne.

Herr Beigeordneter Stäglich antwortete, dass man sich im Aufstellungsbeschluss nicht im Bereich der Deponie läge. Im weiteren Verfahren werde man überprüfen können, ob die vorgebrachten Hinweise betrachtet wurden seien. Die notwendigen Themen werden aufgerufen und abgearbeitet.

Herr Cautius zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 "Nahversorgungszentrum Ammendorf - Merseburger Straße" – Aufstellungsbeschluss

Zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 "Nahversorgungszentrum Ammendorf - Merseburger Straße" – Aufstellungsbeschluss gab **Herr Cautius** zu bedenken, dass in diesem Bereich durch Starkstromleitungen Gefahr ausgehe. Der Robinienweg 1 bis 8 wurde aus seiner Sicht deshalb abgerissen. Weiterhin gäbe es auf der gegenüberliegenden Seite Giftmüll, welcher bisher nicht beseitigt wurde. Hinzu käme der ehemalige Abbau von Braunkohle und Ton in der Industriestraße. Deshalb sollte in diesem Bereich keiner bauen.

Herr Stäglich verwies auf das Bebauungsplanverfahren. Hier werden ebenfalls die notwendigen Themen betrachtet.

Herr Günther Cautius zur Straßenbahnhaltestelle Stadtbad

Herr Cautius hält die Abschaffung der Haltestelle als unzulässig. Er schlug vor, sich nach einem neuen Betreiber umzuschauen. Die Haltestelle wird von Rentnern, Nutzern des Stadtbades sowie zukünftig auch von Nutzern der neuen Jugendherberge genutzt.

Herr Beigeordneter Stäglich informierte, dass mit einem Wegfall der Haltestelle trotzdem die Kriterien des Nahverkehrsplans weiterhin erfüllt werden. Es werde keine Verschlechterung der Versorgungsradien dadurch geben.

Herr Günther Cautius zum Stadtbad

Herr Cautius informierte, dass für die Standsicherheit des Gebäudes das ehemalige Hotel „Weltfrieden“ benötigt werde. Er sagte, dass er dem Oberbürgermeister dies bereits vor 4 Wochen mitgeteilt habe. Bisher habe er keine Antwort erhalten.

Herr Beigeordneter Stäglich äußerte, dass die Sicherheit des Stadtbades sehr genau durch die Bäder GmbH betrachtet werde. Weitere Städtebaufördermittel sollen für weitere Sicherungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Herr Torsten Fritz zur Haltestelle Stadtbad

Herr Fritz äußerte, dass er sehr überrascht über die Information des Wegfalls der Haltestelle gewesen sei. Durch den Wegfall würde eine Fahrzeiterparnis von 40 Sekunden erreicht. Er fragte, ob der Wegfall der Haltestelle mit der Aufgabe des Fahrzeiteinsparplans am Böllberger Wegs zu tun habe. Er bat darum, den Entschluss der Einsparung, trotz der geringen Aussteigerzahl von 800 Personen, zu überdenken.

Herr Fritz fragte, ob man eine detaillierte Übersicht bekommen könne, in welcher die Einsparungen der Fahrzeit aufgezeigt werden.

Herr Beigeordneter Stäglin antwortete, dass die Berechnung durch den Maßnahmeträger erfolgt.

Die Übersicht müsste von der HAVAG abgefragt und bereitgestellt werden.

Weiterhin sagte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass mit der Mitteilung zur Neugestaltung des Juliot-Curie-Platzes im Planungsausschuss vor der Sommerpause bereits die Abschaffung der Haltestelle kommuniziert und diskutiert wurden sei.

Er wies nochmal darauf hin, dass durch die Abschaffung der Haltestelle die Kriterien des Nahverkehrsplans trotzdem erfüllt werden. Sollte die Haltestelle beibehalten werden, würde das Problem bestehen, dass die Haltestelle nicht komplett barrierefrei zu gestalten wäre.

Herr Fritz fragte nach, warum die Haltestelle nicht ähnlich gestaltet werden kann, wie die Haltestelle Steinweg/Franckeplatz oder im Bereich Neues Theater in der Großen Ulrichstraße.

Herr Beigeordneter Stäglin antwortete, dass die genannten Beispiele nicht den 100 prozentigen Erfordernissen einer barrierefreien Haltestelle entsprechen. Es wurden verschiedene Varianten geprüft und der Wegfall der Haltestelle als Vorzugsvariante empfohlen.

Herr Rodney Thomas zur Altstadt

Herr Thomas äußerte, dass er eine einzige Person getroffen habe, welche den Neubau des Finanzamtes im Bereich der Altstadt passend findet. In seinen Gesprächen mit Hallensern musste er feststellen, dass keine Befragung der Bevölkerung stattfand. Weiterhin bemängelt er, dass die Verhandlungen über den Neubau eines Hotels am Hallmarkt ebenfalls hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Er fragte, was die Verwaltung tun könnte, öffentliches Interesse zu vertreten.

Herr Beigeordneter Stäglin antwortete, dass man differenzieren müsse, ob man sich auf der Ebene eines neu aufzustellenden Bebauungsplans befindet oder ob eine Entscheidung nach §34 BauG ermöglicht werden kann. Jedes Detail der Gestaltung kann nicht durch die Genehmigung beeinflusst werden.

Zum Hotel am Hall Markt äußerte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass bisher nur eine Überarbeitung der Gestaltung des Baukörpers im Planungsausschuss vorgestellt wurde. Dies sei das Ergebnis nach mehreren Gesprächen zwischen Gestaltungsbeirat und Investor gewesen. Durch sollte Beiräte soll Einfluss auf private Bauvorhaben genommen werden. Die Teilnahme der Investoren an solchen Beiräten wäre jedoch freiwillig.

Herr Thomas fragte, warum keine Erhaltungs- bzw. Gestaltungssatzungen erstellt werden könnten.

Herr Beigeordneter Stäglin sagte, dass solch eine Satzung aufgrund der Vielfältigkeit an Architektur, welche im Gebiet der Altstadt existiert verworfen wurde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 13. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 46 Mitglieder des Stadtrates (80,7 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

6.1 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Vorlage: VI/2015/00839

Wurde im Hauptausschuss vertagt.

7.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung
Vorlage: VI/2015/00574

Wurde im Fachausschuss vertagt.

7.7 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VI/2015/00999

Wurde in den Fachausschüssen vertagt.

Herr Lange informierte weiter darüber, dass der TOP

10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2015/01197

im Oktober 2015 behandelt werden soll.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, beantragte im Namen seiner Fraktion, die Behandlung des Tagesordnungspunktes

- 6.26 Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle (Saale)
und Grundsatzbeschluss Förderung
Vorlage: VI/2015/01063

in den nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung verschieben. Er begründete dies damit, dass Interessen der Träger berührt werden.

Auf Anfrage von **Herrn Bönisch** zum TOP

- 7.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01000

wurde durch **Herrn Lange** mitgeteilt, dass ein geänderter Beschluss des Bildungsausschuss vorliegt, dem sich der Jugendhilfeausschuss angeschlossen habe. Aus diesem Grund sei der Antrag auf der Tagesordnung.

Bezüglich des TOP

- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende
Vorlage: VI/2015/00785

machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass Herr Oberbürgermeister den Antrag als erledigt erklären sollte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, in welcher eine klare Aussage in der Begründung getroffen wurde. Im Rahmen der Tagesordnung konnte jedoch nicht mehr eingegriffen werden. Aus diesem Grund steht der Antrag auf der Tagesordnung.

Herr Lange bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Bönisch auf Verschiebung des TOP 6.26 in den nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Damit wurde der TOP

- 6.26 Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle (Saale)
und Grundsatzbeschluss Förderung
Vorlage: VI/2015/01063

in den nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung verschoben.

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, äußerte seine rechtlichen Bedenken bezüglich des TOP

- 6.9 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200

Der Tagesordnungspunkt sei zwar ordnungsgemäß mit der Einladung eingegangen, enthielt jedoch keinerlei Beschlussvorlage. Die Unterlagen wurden erst mit dem heutigen Tag ausgegeben.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es sich lediglich um die Einbringung des Haushaltes handelt und heute die Haushaltsdiskussion eröffnet werden soll. Eine Beschlussfassung sei noch nicht vorgesehen.

zu 2.1 Dringlichkeiten

Durch **Herrn Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, wurde darüber informiert, dass nachfolgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Dienstleistungszentrum Migration und Integration
Vorlage: VI/2015/01236

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Struktur, die Aufgaben und das Personal sowie die Finanzierung des Dienstleistungszentrums Migration und Integration nicht bekannt seien und aus diesem Grund der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung behandelt werden sollte.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01236 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.7** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: VI/2015/01239

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01239 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.8** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: VI/2015/01242

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01242 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.9** behandelt.

Zustimmung zur Annahme von Sachspenden
Vorlage: VI/2015/01246

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01246 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.31** behandelt.

Zustimmung zur Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen
Zuwendungen
Vorlage: VI/2015/01232

Auf die Nachfrage von Herrn Krause, ob der Antrag wegen Belange Dritter im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung zu behandeln ist, führte **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, aus, dass die entsprechende Beschlussfassung des Stadtrates über die Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen immer öffentlich zu treffen sei.

Das Ministerium für Inneres und Sport habe darauf hingewiesen, dass der Grundsatz der Transparenz zwingend eingehalten werden muss. Durch das Landesverwaltungsamt wurde eine entsprechende Rundverfügung hierzu erlassen, welche den Fraktionen vorliegt.

Des Weiteren wurde durch **Herrn Schreyer** erläutert, dass bei Bekanntwerden des Namens des Spenders in der Verwaltung, auch wenn es von diesem nicht gewünscht wird, eine öffentliche Beschlussfassung erfolgen muss. Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, die Namen der Spender nicht nur der Vertretung, sondern auch der Kommunalaufsicht vorzulegen.

Sollte die Veröffentlichung des Namens durch den Spender nicht gewünscht sein, müsse dieser von der Spende Abstand nehmen. Anderenfalls wäre das Verfahren nicht ordnungsgemäß.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01232 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.32** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Orientierungs-
/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge
Vorlage: VI/2015/01259

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, begründete die Dringlichkeit mit der gegenwärtigen Situation der Flüchtlinge in der Stadt.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, gab den rechtlichen Hinweis, dass eine Dringlichkeit nur dann anzunehmen sei, wenn ein entsprechender Beschluss gefasst werden darf. Mit dem Antrag befinde man sich im übertragenen Wirkungskreis und damit in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters.

Das Aufnahmegesetz des Landes Sachsen-Anhalt sieht nicht nur die Aufnahme und Unterbringung im übertragenen Wirkungskreis für die Stadt und damit die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters vor, sondern auch die rechtliche Beratung und Betreuung. Darunter falle auch die Erstellung einer entsprechenden Broschüre.

Mit dem vorliegenden Antrag sind die Rechte des Oberbürgermeisters tangiert und deshalb könne keine entsprechende Beschlussfassung des Rates erfolgen und damit auch keine Aufnahme auf die Tagesordnung mit 2/3 Mehrheit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass sich die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters daraus ableitet, dass für die Aufnahme von Flüchtlingen der Bund und das Land zuständig sei. Die Stadt Halle führt die Aufgabe nur aus und man befinde sich deshalb im übertragenen Wirkungskreis. Die Stadt erhält Anweisungen des Landes, welche als Weisungen umzusetzen sind. Deshalb liege die Zuständigkeit nicht beim Kommunalparlament.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01259 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.10** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für HALLE - NEUES FORUM zum Personalstellenbedarf im Geschäftsbereich IV - Bildung und Soziales
Vorlage: VI/2015/01262

Die Dringlichkeit des Antrages begründete **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, mit der aktuellen Situation in der Stadt Halle und vor allem mit der Belastung der inneren Verwaltung.

Die Antragsteller haben vor, zum 01.11.2015 neue Stellen auszubringen, um die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung nach bestem Wissen und Gewissen wieder herzustellen, was nur mit einem heutigen Beschluss möglich sei.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage VI/2015/01262 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.11** behandelt.

Herr Lange informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

- 6.2 Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00907
Hierzu liegt ein Änderungsantrag und TOP 6.2.1 vor.
- 6.8 Jahresrechnung 2014 der Stiftung Händel-Haus
Vorlage: VI/2015/01170
Dieser TOP wird unter dem Tagesordnungspunkt 10 – Mitteilungen als TOP 10.4 behandelt.
- 6.17 Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00902
Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag unter TOP 17.3 vor.
- 6.17.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss (VI/2015/00902)
Vorlage: VI/2015/01177
Hierzu hat sich der Antragsteller geändert.
- 6.26.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle (Saale) und Grundsatzbeschluss Förderung (VI/2015/01063)
Vorlage: VI/2015/01164
Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.
- 6.27 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13,14,16 SGB VIII)
Vorlage: VI/2015/00655
Hierzu liegt ein Änderungsantrag unter dem TOP 6.27.1 vor.
- 6.28.1 Änderungsantrag der Stadträte Frau Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM); Herr Kay Senius (SPD-Fraktion), Herr Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion); Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) und Frau Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial-und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01215
Hierzu liegt ein Änderungsantrag unter dem TOP 6.28.1.1 vor.
- 7.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"
Vorlage: VI/2015/01024
Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße
Vorlage: VI/2015/00865

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag durch den Antragsteller geändert.

- 7.8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße
Vorlage: VI/2015/00927

Der Änderungsantrag wurde durch den Antragsteller zurückgezogen.

- 7.9 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE/Die PARTEI und SPD-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausschuss für Personalangelegenheiten
Vorlage: VI/2015/00966

Der Antrag wurde durch die Antragsteller zurückgezogen.

- 8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des Angebots von öffentlichen Grillplätzen im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01142

Der Beschlussvorschlag wurde durch den Antragsteller geändert.

- 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Festlegung von Standards zur Aushandlung der LQE-Vereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VI/2015/01187

Hierzu wurde ein weiterer Antragsteller ergänzt.

- 8.6 Anregung der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Prüfung einer Einrichtung eines Internetmarktplatzes für Einzelhändler in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01192

Hierbei handelt es sich um eine Anregung und wird unter TOP 12.2 behandelt.

- 13.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in alle Unterlagen zum Stadtaubenmanagement in Halle

Der Antrag wurde nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen.

- 13.2 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) auf Akteneinsicht zum Kauf- und Entwicklungsvertrag Heide-Süd

Der Antrag wurde nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der

- Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
 - 2.1 Dringlichkeiten
 3. Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 24.06.2015
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2015
 - 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 23.07.2015
 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
Vorlage: VI/2015/01207
 5. Bericht des Oberbürgermeisters
 6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 *Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse*
Vorlage: VI/2015/00839 vertagt
 - 6.1.1 *Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839*
Vorlage: VI/2015/01012 vertagt
 - 6.1.2 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse*
Vorlage: VI/2015/00924 vertagt
 - 6.1.3 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (VI/2015/00839)*
Vorlage: VI/2015/01079
 - 6.1.4 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse – VI/2015/00839*
Vorlage: VI/2015/01238 vertagt
 - 6.1.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Beschlussvorlage "Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse" (VI/2015/01238)*
Vorlage: VI/2015/01240 vertagt
 - 6.2 Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00907
 - 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der CDU/FDP-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

- der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur "Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)"; VI/2015/00907
Vorlage: VI/2015/01257
- 6.3 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagement Anstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: VI/2015/00989
- 6.4 Jahresabschluss 2014 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2015/01042
- 6.5 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2013
Vorlage: VI/2015/01071
- 6.6 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01070
- 6.7 Jahresabschluss 2014 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VI/2015/01113
- 6.8 Jahresrechnung 2014 der Stiftung Händel-Haus
Vorlage: VI/2015/01170
Wird als TOP 10.4 behandelt.
- 6.9 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
- 6.10 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Planen
Vorlage: VI/2015/01029
- 6.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme HW 65a Turnhalle "Am Steg"
Vorlage: VI/2015/01093
- 6.12 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ - Angebot der vorzeitigen Ablösung des Ausgleichsbetrages mit Gewährung eines Wertermittlungsabschlags
Vorlage: VI/2015/00941
- 6.13 Anpassung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags an den Nahverkehrsplan
Vorlage: VI/2015/00987
- 6.14 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016
Vorlage: VI/2015/01025
- 6.15 Bebauungsplan Nr. 173 "Dienstleistungs- und Gewerbebestandort Halle-Bruckdorf" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01026
- 6.16 Bebauungsplan Nr.1, Gewerbegebiet Halle- Neustadt, 2. Änderung – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00940

- 6.17 Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00902
- 6.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße – Gestaltungsbeschluss";
VI/2015/00902
Vorlage: VI/2015/01175
- 6.17.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Stadtbahnprogramm Halle,
Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss (VI/2015/00902)
Vorlage: VI/2015/01177
- 6.17.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschluss-
vorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße – Gestaltungs-
beschluss" VI/2015/00902
Vorlage: VI/2015/01258
- 6.18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 "Nahversorgungszentrum Ammendorf –
Merseburger Straße" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00946
- 6.19 Zustimmung zur Annahme einer Geld- und Sachspende zur Finanzierung und Her-
stellung eines öffentlichen Weges zwischen Wickenweg und Zöberitzer Straße in
der Frohen Zukunft
Vorlage: VI/2015/01159
- 6.20 Baubeschluss zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Zuge des Gimritzer
Dammes und der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: VI/2015/00735
- 6.21 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 164) an der Gimritzer Gutsbrücke
(BR 050)
Vorlage: VI/2015/00973
- 6.22 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung an der Schleusenbrücke (BR 016-019)
Vorlage: VI/2015/00891
- 6.23 Einziehung von Verkehrsflächen am Steg (westlicher Bereich)
Vorlage: VI/2015/00939
- 6.24 Einziehung von Parkplätzen an der Karlsruher Allee, nördlich der Einmündung
Willi-Bredel-Straße
Vorlage: VI/2015/01065
- 6.25 Abfallwirtschaftskonzept 2015 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00850
- 6.26 Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle (Saale)
und Grundsatzbeschluss Förderung
Vorlage: VI/2015/01063 *Wurde in den nicht öffentlichen Teil verschoben.*
- 6.26.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünsch (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage

- "Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle (Saale) und Grundsatzbeschluss Förderung", VI/2015/01063
Vorlage: VI/2015/01169 *Wurde in den nicht öffentlichen Teil verschoben.*
- 6.26.2 Änderungsantrag des Stadtrates Rudenz Schramm zur Beschlussvorlage "Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle(Saale) und Grundsatzbeschluss Förderung" VI/2015/01063
Vorlage: VI/2015/01171 *Wurde in den nicht öffentlichen Teil verschoben.*
- 6.26.3 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der Stadt Halle (Saale) und Grundsatzbeschluss Förderung (VI/2015/01063)*
Vorlage: VI/2015/01164 *abgesetzt*
- 6.26.4 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage "Konzeptionelle Überlegungen zur Chorlandschaft der StadtHalle (Saale) und Grundsatzbeschluss Förderung", VI/2015/01063
Vorlage: VI/2015/01168 *Wurde in den nicht öffentlichen Teil verschoben.*
- 6.27 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13,14,16 SGB VIII)
Vorlage: VI/2015/00655
- 6.27.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur BV Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII) Vorlage: VI/2015/00655
Vorlage: VI/2015/01228
- 6.28 Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VI/2015/00942
- 6.28.1 Änderungsantrag der Stadträte Frau Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBÜRGER für Halle – Neues Forum); Herr Kay Senius (SPD-Fraktion), Herr Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion); Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) und Frau Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial-und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01215
- 6.28.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag (VI/2015/01215) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial-und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01261
- 6.29. Bestellung zweier Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01105
- 6.30 Förderung der Gebäudesicherung des Stadtbades, Schimmelstraße 1
Vorlage: VI/2015/01128
- 6.31 Zustimmung zur Annahme von Sachspenden
Vorlage: VI/2015/01246
- 6.32 Zustimmung zur Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VI/2015/01232

7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des gastronomischen Angebotes auf der Peißnitz - (Saalestrand - Mündung Riveufer/Mühlgraben)
Vorlage: VI/2015/00956
- 7.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Öffnung des Mühlgrabens für den Wassersport im Rahmen der Umsetzung des Wassertourismuskonzeptes
Vorlage: VI/2015/00954
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"
Vorlage: VI/2015/00971
- 7.3.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"*
Vorlage: VI/2015/01024 *abgesetzt*
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende
Vorlage: VI/2015/00785
- 7.5 *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung*
Vorlage: VI/2015/00574 *vertagt*
- 7.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01000
- 7.7 *Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt*
Vorlage: VI/2015/00999 *vertagt*
- 7.7.1 *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt (Vorlage: VI/2015/00999)*
Vorlage: VI/2015/01047 *vertagt*
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße
Vorlage: VI/2015/00865
- 7.8.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauer-straße*
Vorlage: VI/2015/00927 *abgesetzt*
- 7.9 *Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE/Die PARTEI und SPD-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausschuss für Personalangelegenheiten*

- 7.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung von Bewegungsparks für alle Generationen
Vorlage: VI/2015/00965
- 7.11 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen
Vorlage: VI/2015/00610
- . -erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des Angebots von öffentlichen Grillplätzen im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01142
- 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Festlegung von Standards zur Aushandlung der LQE-Vereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VI/2015/01187
- 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten
Vorlage: VI/2015/01188
- 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2015/01189
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste
Vorlage: VI/2015/01201
- 8.6 Anregung der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Prüfung einer Einrichtung eines Internetmarktplatzes für Einzelhändler in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01192 *Wird als TOP 12.2 behandelt.*
- 8.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Dienstleistungszentrum Migration und Integration
Vorlage: VI/2015/01236
- 8.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: VI/2015/01239
- 8.9 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: VI/2015/01242
- 8.10 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge
Vorlage: VI/2015/01259

- 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Personalstellenbedarf im Geschäftsbereich IV - Bildung und Soziales
Vorlage: VI/2015/01262
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Finanzierung der Brandschutzerziehung
Vorlage: VI/2015/01179
- 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Taubenbekämpfung
Vorlage: VI/2015/01178
- 9.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Umfeld der Tourist-Information – Stadtmarketing Halle
Vorlage: VI/2015/01173
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt zur Auslastung der halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2015/01094
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt zu den LQE- Verhandlungen
Vorlage: VI/2015/01096
- 9.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Eigentumsverhältnissen an öffentlich genutzten Verkehrsflächen
Vorlage: VI/2015/01163
- 9.7 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Straßenreinigung
Vorlage: VI/2015/01176
- 9.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Änderung bei der Bereitstellung von Müllbehältern
Vorlage: VI/2015/01162
- 9.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Aufnahme von Flüchtlingen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01180
- 9.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zum Haushalt der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01184
- 9.11 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (DIE LINKE/Die PARTEI) zur Ampelanlage in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2015/01183
- 9.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Zuweisung von Flüchtlingskindern an Schulen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/00958
- 9.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu flexiblen Betreuungsangeboten in halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2015/01193

- 9.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Umbau Steintor
Vorlage: VI/2015/01198
- 9.15 Anfrage der SPD-Fraktion zur „Schöne-Läden“-Initiative
Vorlage: VI/2015/01194
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Öffnung des Mühlgrabens für Paddelboote
Vorlage: VI/2015/00868
- 9.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Arbeitsmarktkonzept
Vorlage: VI/2015/01195
- 9.18 Anfrage der SPD-Fraktion zur Anschaffung moderner Schulcomputer
Vorlage: VI/2015/01196
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulsozialarbeit
Vorlage: VI/2015/01190
- 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen
Vorlage: VI/2015/01202
- 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallbeseitigung in Grünanlagen
Vorlage: VI/2015/01203
- 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Festplatz
Vorlage: VI/2015/01204
- 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Feriennutzung von Sporthallen
Vorlage: VI/2015/01205
- 9.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Sturmschäden im Bereich Stadtgrün
Vorlage: VI/2015/01206
- 9.25 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Situation der Asylbewerber/Flüchtlinge in Halle (Saale) und bestehenden Hilfemöglichkeiten
Vorlage: VI/2015/01186
- 9.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Würdigung der Stadt Halle (Saale) als Fairtrade Town
Vorlage: VI/2015/01185
- 9.27 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Zugänglichkeit der Grundschulen außerhalb von Pausenzeiten
Vorlage: VI/2015/01191
10. Mitteilungen
- 10.1 *Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse*
Vorlage: VI/2015/01197

vertagt

- 10.2 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2015/01087
- 10.3 Quartalsbericht I/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2015/00845
- 10.4 Behandlung TOP 6.8
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11.1 mdl. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange zur Grundschule Heide-Nord
- 11.2 mündl. Anfrage des sachkundigen Einwohners Lothar Dieringer (CDU/FDP-Fraktion) und des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Giebichensteinbrücke
Vorlage: VI/2015/01260
- 12. Anregungen
- 12.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu WC-Hinweisschildern Hallmarkt/
Marktplatz
Vorlage: VI/2015/01199
- 12.2 Behandlung TOP 8.5
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in alle Unterlagen zum Stadtaubenmanagement in Halle
- 13.2 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) auf Akteneinsicht zum Kauf- und Entwicklungsvertrag Heide-Süd

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 24.06.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.06.2015.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 08.07.2015.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 23.07.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates vom 23.07.2015

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates am 08.07.2015 und in der nicht öffentlichen Sondersitzung am 23.07.2015 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängen wurden und damit bekannt gegeben sind. Ebenso seien diese im Amtsblatt veröffentlicht.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Auf Antrag des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange, wurde zum TOP 5 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte.

Ich würde zunächst ganz gerne eingehen auf die Flüchtlingssituation in der Stadt Halle, die Aufnahme von Flüchtlingen, besonders unter dem Aspekt des Zuzuges und unter den sich stets und täglich verändernden bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen. Die Prognosen deshalb sind dazu nicht möglich.

Wir haben eine Schätzungszahl des Innenministeriums vorliegen von insgesamt 800.000 für 2016. Sachsen-Anhalt bekommt eine Quote von 2,9 % und damit 23.000 Flüchtlinge. Davon erhält die Stadt Halle 11 %, damit 2.350 Flüchtlinge. Bisher 2015 in der Stadt Halle derzeit ein Stand von 1.500 Flüchtlingen. Die Zuweisung in Halle aktuell ca. 130 Asylbewerber pro Woche.

Nach den Informationen des Ministeriums des Innern vom 25.09. ergibt sich derzeit folgende Situation.

Das Innenministerium hat deutlich gemacht, ich habe es eben auch klar versucht herauszustellen, im Weisungsbereich, dass die zentrale Anlaufstelle derzeit 2.500 Flüchtlinge in Halberstadt aufnimmt.

Darüber hinaus sollen weitere zeitweilige Landesaufnahmeeinrichtungen geschaffen werden. Eine Aufnahmestelle in Trotha mit geplant 2.000 Flüchtlingen ab dem 01.07.2016 und das Maritim mit 760 Flüchtlingen ab dem 01.10.2015.

Wir haben vorhin die Mitteilung bekommen, dass 150 Asylbewerber morgen in das Maritim ziehen.

Darüber hinaus ist vorgesehen die Alte Jugendherberge mit einer nicht bestehenden Flüchtlingszuwachsanzahl.

Darüber hinaus wurde über einen Anrechnungsschlüssel diskutiert, durch die zeitweiligen Landesaufnahmeeinrichtungen, wie hoch dieser Anrechnungsschlüssel für die Stadt Halle ist. Dieser wird noch gemeinsam abgestimmt, auch mit den anderen Städten und Landkreisen und wird in den nächsten vier Wochen entschieden.

Die Zuständigkeit der Stadt liegt vorrangig in der Erstuntersuchung, auch hier als Weisung vorgesehen, soziale Leistungen, Abschiebungen und dem Einwohnermeldewesen.

Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge liegt bei der Anhörung, bei der Zusage von mobilen Teams, die auch im Maritim tätig sind, und dem Aufnehmen und Erstellen einer sogenannten Vorakte. Das heißt, es werden die Grunddaten aufgenommen. Diese Vorakte wird nach Anhörung dann regelmäßig in der zentralen Anlaufstelle in Halberstadt zur Entscheidung versandt.

Ich habe gemeinsam mit dem Innenminister auch hier darauf gedrungen, auch hier diese Entscheidungen sehr zügig im Maritim durchführen zu lassen. Eine Antwort dazu liegt von dem Bundesamt noch nicht vor.

Es wurde deutlich gemacht, dass sämtliche Kosten, Sach- und Personalkosten, erstattet werden. Die Stadt wird deshalb eine Abrechnungsgenaue Dokumentation aller Sach- und Personalkosten vornehmen.

Darüber hinaus haben wir in Abstimmung mit dem Land zur Festlegung der Erstuntersuchung eine Rahmenvereinbarung mit dem Elisabeth-Krankenhaus vorbereitet. Diese ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Rechtsgrundlage entnehmen Sie aus dem Asylverfahrensgesetz und dem Infektionsschutzgesetz.

Das bedeutet, es werden ärztliche Untersuchungen durchgeführt auf übertragbare Krankheiten, eine sogenannte Gesundheitsuntersuchung, einschließlich einer Röntgenuntersuchung. Darüber hinaus wird eine gesundheitliche Betreuung allgemeinmedizinisch ambulant gemäß § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes durchgeführt.

Diese Leistungen sind nicht neu, verändert oder ähnliches, sondern sind stets und ständig schon Grundlage, eine gesetzliche Grundlage gewesen.

Zu den Gemeinschaftsunterkünften.

Dieses, was ich eben dargestellt habe, die zentralen Anlaufstellen und die zeitweiligen Anlaufstellen sind Einrichtungen des Bundes und des Landes. Das Maritim-Hotel wird betrieben als Landeseinrichtung.

Ich hatte es bereits deutlich gemacht, die Stadt ist auch hier gefragt worden, als Gemeinschaftsunterkunft. Dieses hatten wir abgelehnt. Es ist also ein direkter Mietvertrag abgeschlossen worden zwischen der Maritimgruppe und dem Land.

Zu den Gemeinschaftsunterkünften.

Die Stadt unterhält 8 Gemeinschaftsunterkünfte in zentraler Lage mit derzeit insgesamt 1.230 Plätzen.

Sie haben selber im Bereich des Vergabeausschusses mehrere Entscheidungen dazu auch getroffen und es werden zwei weitere Unterkünfte dazu kommen. Die Stadt würde dann vorhalten eine Anzahl von 1.800 Plätzen.

Darüber hinaus favorisieren wir eine sogenannte dezentrale Unterbringung. Das heißt, nach der Eingewöhnungszeit so schnell wie möglich in einer Wohnung die Flüchtlinge unterzubringen. Regelmäßig, nach zweimonatigem Aufenthalt, ist dieses denkbar, vorstellbar. Das ist aber der Regelsatz.

Benötigte Wohnungen, die wir in einer Woche benötigen, um dieses auch letztendlich umzusetzen, sind insgesamt 60 Wohnungen. Die Stadt hat deshalb mit der Halleschen Wohnungsgesellschaft eine Rahmenvereinbarung zur Bereitstellung von Wohnungen abgeschlossen. Die Vereinbarung mit der GWG ist in Vorbereitung. Ich halte das für eine dringliche, vorrangige Aufgabe der öffentlichen Wohnungsgesellschaften.

In jeder Gemeinschaftsunterkunft koordiniert ein städtischer Mitarbeiter den Umzug in die Wohnungen. Gerade zu entscheiden, welche Familie, welche Personen in der Lage ist, in einer dezentralen Unterkunft untergebracht zu werden, muss sehr sorgfältig getroffen werden. Und deshalb wird diese Entscheidung regelmäßig in Abstimmung ein Sozialarbeiter führen.

Darüber hinaus werden wir insgesamt unterstützt, auch von uns mit ins Leben gerufen, von der Koordinierungsstelle „Engagiert für Flüchtlinge“, ein Gemeinschaftsprojekt des evangelischen Kirchenkreises Halle-Saalkreis, der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis, der Stadt Halle.

Und dieses Projekt mit dem Beratungsteam koordiniert die ankommenden Fragen, Unterstützungen unserer ehrenamtlichen Bürger.

Darüber hinaus haben wir ein Dienstleistungszentrum Migration und Integration geschaffen. Dieses Dienstleistungszentrum hat zwei Teilbereiche. Zunächst einmal die Migrationsbeauftragte mit drei Mitarbeitern, die die ehrenamtliche Hilfe koordinieren und die Netzwerkarbeit weiter stärken.

Darüber hinaus, ich hatte es eben angesprochen, der Umzug in die einzelnen Wohnungen, wird koordiniert von zehn Sozialarbeitern und einem Koordinator. Hier geht es um die Umzüge von den Gemeinschaftsunterkünften in die Wohnungen.

Den Stellenplan und die Veränderungen, die wir dazu benötigen, sind wie folgt abgebildet. Wir benötigen eine Gesamtzahl von ca. 51 Stellen zum 01.07.2016, um dieses letztendlich umzusetzen, aber auch um deutlich zu machen, dass es ein sich entwickelndes System ist, wie Sie wissen.

Deshalb freue ich mich natürlich sehr über diesen Antrag, können Sie mir natürlich sehr viele Stellen auch geben. Gleichwohl ist es dann die Entscheidung des Hauptverwaltungsbeamten, ob man von dieser Ermächtigung Gebrauch macht.

Das heißt, es muss eine Notwendigkeit bestehen. Diese Notwendigkeit ist deshalb von Bedeutung, weil wir alle Ausgaben, Sach- und Personalausgaben, genauestens dokumentieren und dieses dann auch dem Land in Rechnung stellen. Dieses in Rechnung stellen ist gesetzlich auch vorgeschrieben und erfolgt regelmäßig außerhalb, unter anderem auch außerhalb des FAG.

Gerade der Umzug von den Gemeinschaftsunterkünften zu den dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen ist kraft Gesetzes von Seiten des Landes refinanzierbar und muss auch refinanziert werden. Dieses ergibt sich unmittelbar zwingend aus einer gesetzlichen Grundlage des Aufnahmegesetzes.

Die einzelnen Positionen, die in den einzelnen Bereichen erforderlich sind, sind innerhalb der Verwaltung abgestimmt und mit den Fachbereichsleitern koordiniert. In etwa trifft es auf die Zahl, die Sie heute auch als Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben.

Aber wie gesagt, Sie können auch ruhig mehr Stellen beschließen, ich nehme das alles gern dankend an. Muss aber deutlich sagen, dass wir dann immer so nach und nach dieses sich aufbauende System, dafür dann auch die Stellen nutzen.

Zum zweiten würde ich ganz gerne berichten über das Kunstmuseum Moritzburg Halle. Nach mehreren persönlichen Gesprächen wurde dem Land ein Angebot zur Unterstützung in Höhe von 150.000 Euro gemacht, schriftlich und für die Jahre 2015 bis 2019. Also jedes Jahr eine Summe von 160.000 Euro. Die Leistungen dort sind im Einzelnen abgebildet.

Dieses ist aus unserer Sicht ein sehr gutes Angebot, um hier die Diskussion mit der Moritzburg schnellstmöglich zu beenden.

Die Antwort des Ministers steht noch aus.

Zum Künstlerhaus 188.

Das Verwaltungsgericht Halle hat die Klage der HAVAG am 22.09.2015 zurückgewiesen. Das Landesverwaltungsamt als oberste Denkmalschutzbehörde hat im vergangenen Jahr den Abriss des 188 verweigert.

Nach Auffassung des Gerichtes sind Alternativen zum Abriss möglich. Der Abriss ist die letzte Möglichkeit.

Wenn Sie meine Rede zum Tag des offenen Denkmals auch gehört haben am Universitätsplatz, dann wissen Sie, dass es in der Tat Ultima Ratio ist. Und das bedeutet natürlich auch, dass diese Auffassung, die dort das Verwaltungsgericht geäußert hat, absolut vertretbar ist. Eine weitere Klage ist deshalb nicht zu empfehlen. Die Urteilsbegründung ist aber abzuwarten.

Ich habe Herrn Stäglin gebeten und auch mit seiner Abstimmung, mit seiner Zustimmung, neue Trassenvarianten und Finanzierungsmöglichkeiten vorzubereiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Zum Stadtmarketing.

Die Einrichtung eines Beirates ist in der Gesellschafterversammlung am 25.09.2015 beschlossen worden. Der Gesellschafter, Teilgesellschafter Pro Halle, hat den Austritt angekündigt. Die Mitgliedschaft erfüllt nicht mehr den ursprünglichen Zweck.

Ob es dazu kommt, muss Pro Halle erst mal in Sitzungen beschließen. Aber das sind erst mal die Voten, die gekommen sind.

Im Wesentlichen geht es momentan darum, die fehlende Bettenzahl zu kompensieren. Nach Auffassung des Geschäftsführers durch ein neues Kongresshotel.

Zum Bergzoo.

Auch hier haben sehr viele Untersuchungen in den letzten drei Monaten stattgefunden. Mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde eine erste Diskussion durchgeführt. Der Geschäftsführer, der Zoodirektor, hat ein sehr umfangreiches Konzept vorgestellt, in dem er den Zoo in einzelne Themen eingeteilt und deutlich gemacht hat.

Hier bedarf es weiterer sehr intensiver Diskussionen und deshalb wird auch in den nächsten Monaten sehr intensiv dort im Aufsichtsrat weiter beraten.

Ich möchte an der Stelle noch deutlich machen, dass der Zuschussbedarf des Zoo, der mittlerweile bei 3,05 Mio. Euro liegt, weiter auch aufrechterhalten wird. Den Haushalt, den wir nachher einreichen, da wird es eine Ergänzung dann im weiteren Verlauf geben, so dass diese Höhe des Zuschussbedarfes unangetastet bleibt.

Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Ich komme dann zur Wirtschaft.

Zunächst mal zu ebay enterprice. Es sind ja auch einige Anfragen von Ihnen gestellt worden, die Betitelung, Bezeichnung. Momentan hat noch keine Umbenennung stattgefunden. Der Betrieb ist aufgenommen. Ursprünglich geplant waren 150 Arbeitsplätze. Ich möchte nur die Dimension an der Stelle noch mal deutlich machen, aktuell sind es bereits 350 Arbeitsplätze, in einer Zuordnung, in einer Art, über zum Teil bezahlten Tarifen.

Enca Tecnica hat ebenfalls als Spinddüsenfabrik den Betrieb im Juli 2015 aufgenommen. Mitarbeiter aktuell 100 plus 15 Auszubildende. Besonders auf diesem Sektor, gerade bei der Ausbildung, macht Enca Tecnica sehr große Sprünge, weil fast sämtliche Auszubildende übernommen werden, weil es sehr schwierig ist, Fachkräfte auf diesem Bereich auch zu bekommen.

Ja dann, Hellmann Worldwide Logistics.

Gestern die Vertragsunterzeichnung durch den Geschäftsführer, Herrn Götte. Die Fläche, die im Star Park gestern verkauft wurde, ist 11,1 ha. Die Investitionskosten dort sind 14 Mio. Euro. Die geplante Inbetriebnahme September 2016, geplante Mitarbeiterzahl zunächst 100. Der Bauantrag wird am Freitag eingereicht. Der Vermittler hat starken Investitionsdruck. Wir haben hier wieder erneut eine sehr schnelle Bearbeitung zugesagt für eine zunächst erst mal Teilbaugenehmigung, damit die Grundarbeiten begonnen werden können.

Der Baustart ist deshalb als unverzüglich bezeichnet worden.

Noch mal Daten und Fakten zu dem Großunternehmen, muss man sagen. 12.872 Mitarbeiter weltweit, drei Milliarden Euro Umsatz. Dann sehr viele Sendungen. Dann innerhalb der Welt 77,474 Sendungen pro Tag, 244 eigene Niederlassungen in 56 Ländern, ein riesiges Netzwerk mit insgesamt knapp 20.000 Beschäftigten. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir dieses Unternehmen hier im Star Park gewinnen konnten.

Wenn Sie sich diese Folie ansehen, es ist noch nicht eingezeichnet, also bei der roten 98 ha, genau in der Mitte darüber, das ist die Fläche, also die blaue Fläche, die Hälfte in etwa, ist die Fläche, die momentan und gestern verkauft wurde.

Zur Wirtschaftsförderung.

In der Wirtschaftsförderung arbeiten wir nach dieser Konzeption, die ich Ihnen monatelang auch hier vorgestellt habe. Das Wirtschaftskonzept dazu wird im Oktober hier in den Stadtrat auch eingebracht. Das heißt, die Situation ist unter diesen Kriterien bereits real. Das heißt, die Umstellung und die Veränderung innerhalb der Verwaltung sind so, wie Sie es hier vorfinden, durchgeführt worden.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft, mit dem Titel Investvision, kümmert sich im Wesentlichen um wirtschaftliches Standortmarketing, um die Ansiedlungsakquisition und das Dienstleistungszentrum macht die Standortentwicklung und im Wesentlichen die Bestandspflege und die Fachkräftesicherung.

Das touristische Standortmarketing wird weiterhin von der SMG durchgeführt.

Die Diskussionen, die im Wirtschaftskonzept auch geführt werden und hier sehen Sie auch an diesem Beispiel die Unterscheidung der Entwicklungsbranchen und Schwerpunktbranchen. Diese Diskussion ist zu führen als Schwerpunktbranche im Bereich der Logistik, ist, denke ich, unten auch mit aufgenommen. Aber viele Bereiche sind auch zu diskutieren. Wir haben mit Ihnen in zwei Workshops sehr ausführlich darüber auch diskutiert. Und das ist jetzt das aktuelle Ergebnis, dass dann auch im Wirtschaftskonzept den Niederschlag finden wird.

Zur Eissporthalle, zum Erbbaurechtsvertrag noch einige Hinweise.

Der Stadtrat hat ein kreditähnliches Rechtsgeschäft in Höhe von 150.000 Euro am 26.11.2014 abgeschlossen. Das Landesverwaltungsamt hat ausnahmsweise unter einer Bedingung dieses genehmigt und der Heimfall kann jetzt erklärt werden, weil die IB-Bank am 28.08. den Fördermittelbescheid für die Eissporthalle in Höhe von 2,78 Mio. Euro erteilt hat. Jetzt beginnen die Maßnahmen für den Abriss. Der Abriss soll im März 2016 dann durchgeführt werden.

Das Landgericht hat entschieden, dass die außerordentliche Kündigung des Vereins rechtmäßig ist. Die Beklagte hat Berufung am 07.05.2015 eingelegt. Die Verhandlung am OLG Naumburg soll am 03.11.2015 erfolgen.

Die Stadt ist bereits in Besitz und in Ausübung der tatsächlichen Herrschaft über die Halle.

Dann möchte ich noch Bezug nehmen gegen die Vorermittlungen, die die CDU/FDP- und die SPD-Fraktion gegen mich führt.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass sich der Beschluss zu den Vorermittlungen vom 29.10.2014 aus meiner Sicht erledigt hat, weil unabhängige Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes vorliegen.

Zu den Beraterverträgen wurde festgestellt, dass der Vertrag nicht rechtswidrig ist. Die Anmerkungen des RPA werden wir künftig befolgen.

Zum Gimritzer Damm.

Hier ist eine Eilzuständigkeit der Stadt durch die Gefahrenabwehr durch zwei Rechtsanwälte als vertretbar gewertet worden. Das Land hat selbst mit dem LHW das Verfahren begleitet. Hier prüft das Rechnungsprüfungsamt noch und wird Ihnen ebenfalls einen Bericht vorlegen.

Die Einstufung von den vier Mitarbeitern, auch auf der Grundlage Ihres Antrages, hat das Landgericht eine ermessensgerechte Abwägung unter dem Gleichbehandlungsgrundsatz als begründet angesehen.

Die Beraterverträge, das RPA, hat ebenfalls hier dieses als nicht rechtswidrig festgestellt.

Aus diesem Grund habe ich keine Mittelfreigabe seitens des Hauptverwaltungsbeamten freigegeben. Falls Sie anderer Auffassung sind, habe ich nur eine Bitte, Sie haben, Sie sind bei den Vorermittlungen, Sie haben jederzeit die Möglichkeit gegen mich ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Die Informationen und die Punkte, die Sie geklärt haben wollen, sind alle erledigt, liegen Ihnen alle vor. Und Sie können dann entscheiden, ob Sie ein Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister einleiten wollen.

Zum Haushalt 2016.

Der Haushalt hat insgesamt ein Volumen von 629 Mio. Euro. Mit dem Ihnen heute vorgelegten, und deshalb möchte ich das noch mal betonen, auch die Rechtsauffassung, grundsätzlich sind die Unterlagen mit vorzulegen.

Wir haben uns aber hier verständigt, dass der Haushalt hier immer eingebracht wird und aus diesem Grund dann hier, so ist diese Dreimonatsfrist auch gedacht, dann anschließend unverzüglich auch die Beratungen beginnen. Deshalb haben wir natürlich auch in der Vorbereitung alles genutzt und wir waren immer knapp auf Zeit, das ständig anzupassen, um Ihnen heute den Haushalt präsentieren zu können.

Und deshalb bitte ich dann noch mal um Verständnis.

Wir hatten, wie Sie wissen, in der Zuordnung der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes, hatten wir auch bekommen einige Auflagen auch zu erfüllen. Diesen Auflagen sind wir auch nachgekommen, denn ansonsten hätten wir keine Chance, um einen genehmigungsbedürftigen Haushalt einreichen zu können.

Wir bringen also einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt ein. Die gesetzliche Vorgabe ist erfüllt.

Auch die Vorgabe, das Finanzierungssaldo aus den Verwaltungstätigkeiten auszugleichen, haben wir erfüllt.

Der Finanzplan, das ist richtig, ist noch nicht ausgeglichen. Aber, das muss ich auch an der Stelle sagen, entschieden besser als im Vorjahr. Und genau das war die Vorgabe des Landesverwaltungsamtes, geht hin, guckt euch auch den Finanzplan an, verbessert ihn. Und genau das haben wir gemacht.

Das heißt, wir haben dort nur ein Minus von 15,9 Mio. Euro.

Ein weiterer Abbau ist vorgesehen in den nächsten Jahren. 2019 soll auch der Finanzplan ausgeglichen sein.

Die Zuschussbedarfe nach den Politikfeldern.

Wenn man sich die Einnahmen und Ausgaben entsprechend ansieht, hatte ich Ihnen auch in den letzten Jahren immer ein Diagramm geboten, in dem Sie sehen können, wo liegt denn der meiste Zuschuss. Und Sie sehen auch hier an der Stelle, beispielsweise die Kultur ist mit 8 % sehr stark vertreten, im Vergleich auch zu anderen Städten.

Auch hier die Stadtentwicklung, das sind Bereiche, die wir dringend innerhalb der Stadt auch benötigen, um hier die weitere Entwicklung der Stadt auch voran zu treiben. Auch unter dem Gesichtspunkt der Fördermittel, die ich Ihnen in den letzten Sitzungen auch immer wieder deutlich gemacht habe. Wir brauchen diese Kraft an der Stelle, um weiter unsere Stadt entwickeln zu können.

Deshalb auch hier, wenn man den sieht, den Ansatz, knapp unter der Hälfte ist der Ansatz weiter im sozialen Bereich. Das ist auf Grund der Situation der Stadt Halle auch erforderlich.

Zu den Planungen selber.

Aus dem Bereich des Oberbürgermeisters, auch hier möchte ich Herrn Geier im Anschluss nicht unterbrechen und die Kollegen.

Ich möchte einfach hier noch mal gegenüberstellen, auch Sie sehen hier den Vergleich der ordentlichen Erträge und Aufwendungen. Bei dem Ansatz von 589 Mio. Euro auf 629 Mio. Euro, wie eben auch dargestellt. Also wir haben hier eine Steigerung.

Und Sie sehen dort gegenüber gestellt die Zuschussbedarfe des Teilergebnisplanes aus dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters.

Die Steuerung der Kommune und wenn Sie da so weit durchgehen, dann sehen Sie, dass es grundsätzlich unverändert geblieben ist. Die 34,2 Mio. Euro im Zuschuss zu jetzt 35,7 Mio. Euro erklären sich im Wesentlichen daraus, dass das Kosten sind, die refinanzierbar sind aus bestimmten Leistungen, besonders im Brand- und Katastrophenschutz und beispielsweise auch in den Bereichen, wenn es darum geht, dass wir Refinanzierungen haben, die sich dann jährlich einmal überlappen.

Das heißt, grundsätzlich erhalten wir diese Beträge dann im nächsten Jahr wieder, so dass hier innerhalb des Geschäftsbereiches ganz wenig Aufwuchs zu sehen ist. Wenn, ist es tarifgebunden und personalbezogen.

Auch hier möchte ich Sie an dieser Stelle auch offiziell noch mal darauf hinweisen, auf die Folgen eines unausgeglichenen Haushaltes.

Wir bringen ihn ausgeglichen rein. Wir bitten auch wieder, diesen Haushalt, wenn Sie so weit sind und die Beschlussfassung durchgeführt haben, wieder ausgeglichen dann aus Ihren Beratungen auch mit heraus zu nehmen.

Ansonsten liegt ein Gesetzesverstoß vor.

Wir haben viele Jahre mit der vorläufigen Haushaltsführung auch arbeiten müssen. Gerade in den Bereichen Soziales, Kultur und Sportvereine. Da ist die Förderung dann nicht mehr gesichert und die Fördermittel sind dann nicht mehr zu bekommen.

Beim unausgeglichene Haushalt werde ich diesen Gesetzesverstoß auch wohl nicht dulden dürfen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ende des Wortprotokolls.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.2 Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagement Anstalt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/00907

zu 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der CDU/FDP-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur "Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagement Anstalt Halle (Saale)"; Vorlage VI/2015/00907 Vorlage: VI/2015/01257

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bezog sich auf die Synopse zur Satzungsänderung, § 2 Absatz 1, wo der Zweck der BMA dargestellt wird.

Dort werde unter anderem dargelegt, dass eine Anpassung an das Kommunalverfassungsgesetz erfolgt ist und die BMA nicht nur für die Stadt, sondern für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse, zuständig ist. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass die Saalesparkasse keine städtische Einrichtung ist.

Er fragte an, ob die anderen Zuständigkeiten eingegrenzt seien und sich die BMA überwiegend mit der Saalesparkasse befasse.

Des Weiteren bat er um Informationen dazu, ob für die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches der BMA die gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen durch das Landesverwaltungsamt und durch die Sparkassenaufsicht des Landesfinanzministeriums vorlägen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Anwesenheit von Herrn Lork, welchem zur Beantwortung der Anfragen das Rederecht erteilt werden sollte.

Auf Nachfrage von **Herrn Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, gab es keinen Widerspruch gegen die Erteilung des Rederechtes für Herrn Lork.

Herr Lork, Geschäftsführer BMA, teilte mit, dass das Landesverwaltungsamt die vorliegende Beschlussänderung zur Änderung der BMA-Satzung für statthaft gehalten und insbesondere festgestellt hat, dass eine vergleichbare städtische Einrichtung, wie die

Sparkasse, selbstverständlich auch von der Mandatsbetreuung umfasst ist.
Er übergab eine Kopie des Schreibens des Landesverwaltungsamt zur Weitergabe an die Fraktionen.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag stellte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, im Namen seiner Fraktion fest, dass es kein Präzedenzfall für die etwaige Besetzung anderer Gremien sein soll. Das Gremium BMA stellt einen Ausnahmefall dar.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der CDU/FDP-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur "Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagement Anstalt Halle (Saale)"; Vorlage: VI/2015/00907
Vorlage: VI/2015/01257**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Satzung wird über die in der Beschlussvorlage genannten Punkte hinaus wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 1 Buchstabe c erhält folgende neue Fassung:

c) sieben weiteren, vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zu bestellenden Personen,

2. Einzufügen ist § 6 Absatz 3 neu:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates wählen aus ihrer Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Die bisherigen Absätze 3, 4 und 5 werden zu Absätzen 4,5 und 6.

**zu 6.2 Satzung zur Änderung der Satzung der BMA BeteiligungsManagement Anstalt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00907**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen "BMA Beteiligungs ManagementAnstalt Halle (Saale)", Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale), vom 26.05.2004.

Die Satzung wird über die in der Beschlussvorlage genannten Punkte hinaus wie folgt geändert:

3. § 6 Absatz 1 Buchstabe c erhält folgende neue Fassung:

c) sieben weiteren, vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zu bestellenden Personen,

4. Einzufügen ist § 6 Absatz 3 neu:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates wählen aus ihrer Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Die bisherigen Absätze 3, 4 und 5 werden zu Absätzen 4,5 und 6.

**zu 6.3 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA Beteiligungs ManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: VI/2015/00989**

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand; Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI; Frau Hintz, SPD-Fraktion; Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2014 entlastet.

**zu 6.4 Jahresabschluss 2014 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2015/01042**

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI; Herr Sprung, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Frau Hintz, SPD-Fraktion)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1 bis 3 einstimmig zugestimmt

Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 03.06.2015:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2014 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR geprüften und am 30.04.2015 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	1.937,34 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	154.535,72 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.937,34 EUR wird in die Kapitalrücklage eingestellt.
3. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat Herr Dr. Fikentscher um die Übernahme der Sitzungsleitung zu den Tagesordnungspunkten 6.5, 6.6. und 6.7 da er und auch Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, sich im Mitwirkungsverbot befinden.

**zu 6.5 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2013
Vorlage: VI/2015/01071**

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand; Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Koehn, SPD-Fraktion; Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2013.

zu 6.6 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01070

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand; Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Koehn, SPD-Fraktion; Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2014.

zu 6.7 Jahresabschluss 2014 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VI/2015/01113

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand; Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion; Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI; Frau Nagel, SPD-Fraktion; Herr Krause, SPD-Fraktion; Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM; Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1 bis 3 einstimmig zugestimmt
Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 30. April 2015 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2014 mit

Bilanzsumme	EUR	337.760.920,62
-------------	-----	----------------

Jahresüberschuss EUR 5.871.363,39

wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 5.871.363,39 EUR wird in die Gewinnrücklage eingestellt.
3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 12. Mai 2015 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2014 mit

Bilanzsumme EUR 1.196.216.140,61

Konzern-Bilanzgewinn EUR 0,00

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2014 entlastet.

**zu 6.9 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200**

Die Beigeordneten stellten den Haushaltsentwurf für ihren Geschäftsbereich anhand einer Präsentation kurz vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

in den
**Bildungsausschuss,
Kulturausschuss,
Jugendhilfeausschuss,
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Sportausschuss,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung
sowie Beschäftigung,
Ausschuss für Personalangelegenheiten**
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

**zu 6.10 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Planen
Vorlage: VI/2015/01029**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.54702 ÖPNV (HHPL Seite 442)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **937.400 EUR.**

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 15_2_610_1 Planen (HHPL Seite 445)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **937.400 EUR.**

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.54702 ÖPNV (HHPL Seite 442)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **937.400 EUR.**

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

15_2_610_1 Planen (HHPL Seite 445)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **937.400 EUR.**

**zu 6.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme HW 65a Turnhalle "Am Steg"
Vorlage: VI/2015/01093**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Mehrauszahlung im Haushaltsjahr 2015 für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme HW 65a Turnhalle „Am Steg“ in Höhe von **531.100 EUR** aus dem PSP-Element 8.42401019.700/ 78517777.

Die Deckung erfolgt aus Zuwendungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.42401019.705/ 68117777 in Höhe von **531.100 EUR**.

**zu 6.12 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ - Angebot der vorzeitigen Ablösung des Ausgleichsbetrages mit Gewährung eines Wertermittlungsabschlags
Vorlage: VI/2015/00941**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Eigentümer im Sanierungsgebiet über die Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung des Ausgleichsbetrages gem. § 154 (3) S. 2 BauGB zu informieren und interessierten Eigentümern ein entsprechendes Angebot mit Gewährung eines Wertermittlungsabschlags zu unterbreiten.

2. Der Wertermittlungsabschlag wird in Abhängigkeit von der Wartezeit bis zum Abschluss der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme wie folgt gestaffelt:

Eingang der Anfrage zum Abschluss der Ablösevereinbarung bis 31.12.2016	10%
Eingang der Anfrage zum Abschluss der Ablösevereinbarung bis 31.12.2018	5%
Eingang der Anfrage zum Abschluss der Ablösevereinbarung bis 31.12.2020	2%

**zu 6.13 Anpassung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags an den Nahverkehrsplan
Vorlage: VI/2015/00987**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der HAVAG und der Stadtwerke Halle GmbH die 2. Änderungsvereinbarung zum Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag entsprechend dem vorliegenden Entwurf abzuschließen.

zu 6.14 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016
Vorlage: VI/2015/01025

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass für die Maßnahmen der Ziffern 2 bis 5 der Anlage 1 Städtebaufördermittel beim Landesverwaltungsamt beantragt werden und beauftragt die Verwaltung die Anträge für das Programmjahr 2016 entsprechend einzureichen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Einsatz sanierungsbedingter Einnahmen zur Finanzierung der in Ziffer 1 der Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen.

zu 6.15 Bebauungsplan Nr. 173 "Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01026

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 173 „Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2,3 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

Da Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, zum Tagesordnungspunkt 6.16 sprechen möchte, übernahm **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, die Sitzungsleitung.

zu 6.16 Bebauungsplan Nr.1, Gewerbegebiet Halle- Neustadt, 2. Änderung – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00940

Herr Lange informierte darüber, dass sich im Umfeld des Gewerbegebietes schon sehr viele Möbelmärkte befinden. Wenn am vorgeschlagenen Standort ein weiterer Möbelmarkt eröffnet wird, sei zu befürchten, dass sich das Marktumfeld entsprechend verändert.

Als Beispiel nannte **Herr Lange** den Möbelmarkt in der Neustädter Passage, welchen er gefährdet sehe. Er erinnerte daran, dass die Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Halle-Neustadt eine große Bedeutung habe. Dieses Zentrum werde ins Wanken gebracht, wenn der dort ansässige Möbelmarkt sein Angebot nicht mehr unterbreiten kann.

Aus diesen Gründen heraus werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass es sich vorliegend um den Aufstellungsbeschluss für einen Änderungsbebauungsplan handelt. Die Verwaltung geht davon aus, dass es sich nicht um das Neubauen eines Hochbaues handelt, sondern um die Umnutzung einer brachgefallenen Immobilie, die vorher als Baumarkt genutzt wurde.

Jetzt liege das Interesse eines Betreibers vor, in Halle mit seinem Betrieb tätig zu werden. Die Stadt wolle eine solche Ansiedlung unterstützen und man bewege sich auch auf Basis des Einzelhandelszentrenkonzeptes, wo eine solche Entwicklung zulässig ist. Weitere Auswirkungen auf andere Bestandsgeschäfte innerhalb der Stadt sind auch noch einmal im Zuge eines Bebauungsplanverfahrens zu betrachten.

Im Sinne der Unterstützung der geplanten Investition warb **Herr Beigeordneter Stäglin** für den Aufstellungsbeschluss.

Herr Lange betonte noch einmal, dass abzusehen sei, dass es zu einem schwierigen Marktumfeld für die restlichen angesiedelten Unternehmen, die im gleichen Segment tätig sind, kommen könnte. Die Stadt schaffe damit die Situation, dass eventuell andere Märkte ins Wanken kommen, die man in der Stadt halten will.

Er warnte dafür, zusätzlich eine Konkurrenzsituation entstehen zu lassen und betonte, dass für Halle-West dringend ein Baumarkt notwendig wäre.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, empfahl der Verwaltung, bei einer Beschlussfassung des Stadtrates Kontakt mit dem Inhaber der beiden großen Möbelgeschäfte in der Stadt aufzunehmen, um in Erfahrung zu bringen, welche Perspektiven er für sein Unternehmen an den beiden Standorten Mansfelder Straße und Neustädter Passage sieht.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
 21 Ja-Stimmen
 19 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung aufzustellen.

2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2,6 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

zu 6.17 Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00902

zu 6.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße – Gestaltungsbeschluss"; VI/2015/00902
Vorlage: VI/2015/01175

zu 6.17.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss (VI/2015/00902)
Vorlage: VI/2015/01177

zu 6.17.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße – Gestaltungsbeschluss" VI/2015/00902
Vorlage: VI/2015/01258

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte, dass es im Antrag darum geht, die schwierige Verkehrssituation am Joliot-Curie-Platz zu entflechten und eine Verbesserung für die Verkehrsteilnehmer herbeizuführen.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag zum Haltestellenerhalt Am Stadtbad führte sie aus, dass die in der Argumentation genannte nicht optimale Nutzung der Haltestelle in der Vergangenheit nicht ausreichend sei, diese jetzt wegfallen zu lassen.

In der Zwischenzeit wurde die Jugendherberge in Betrieb genommen und die dortigen Gäste würden den öffentlichen Nahverkehr sehr stark nutzen.

Im Weiteren wies **Frau Dr. Brock** darauf hin, dass es auch einen stadthistorischen Aspekt für die weitere Nutzung der Haltestelle Am Stadtbad gäbe, da beschlossen werden soll, Investitionsmaßnahmen hineinfließen zu lassen, um den Bäderbetrieb zu ertüchtigen und die Besucherzahlen zu erhöhen. Gerade beim Stadtbad gehe es darum, dass Schulklassen und auch Senioren mit relativ dichten Wegeverbindungen diese Sportstätte nutzen können.

Ein weiterer Aspekt sei die in der Nähe liegende Gesamtschule. Die dortigen Schülerinnen und Schüler kämen von der Haltestelle Am Stadtbad besser zur Schule, als von der Haltestelle Am Steintor.

Auch die Dichte der Haltestellen sei kein Argument, diese jetzt wegfallen zu lassen. In der Innenstadt gäbe es ähnliche bzw. viel dichtere Haltestellenabstände.

Frau Dr. Brock bat um Zustimmung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Zum gleichen Thema erinnerte **Frau Dr. Schöps, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, daran, dass Ziel des Stadtbahnprogrammes die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs für die Bürgerinnen und Bürger sei.

Aus eigener Erfahrung korrespondiere die Attraktivität der Straßenbahn nicht nur mit geringfügig verkürzten Fahrzeiten, sondern auch mit vielen anderen Aspekten, wie auch mit der komfortablen Möglichkeit, persönliche Wegeziele mit einem kurzen anschließenden Fußweg zu erreichen. Die Streichung der Haltestelle halte sie deshalb nicht für sinnvoll, da gerade jetzt erst die Jugendherberge eröffnet wurde und auch das Stadtbad weiter saniert werden soll, um es wieder mehr zu beleben. .

Frau Dr. Schöps verwies in diesem Zusammenhang auf die beiden Schreiben der Leitung der Jugendherberge und des Fördervereins Stadtbad, in denen ausführlich dargelegt wurde, dass die Haltestelle von beiden Einrichtungen als großer Standortvorteil empfunden werde.

Zum Problem barrierefreier Ausbau der Haltestelle bat sie um Überlegungen dahingehend, ob eine teilweise barrierefreie Haltestelle in eine Richtung nicht besser wäre, als gar keine Haltestelle.

Abschließend bat **Frau Dr. Schöps** um Zustimmung des Antrages.

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass sich ihre Fraktion intensiv mit den Radverkehrswegebeziehungen in der Stadt beschäftigt. Der Joliot-Curie-Platz sei für Radfahrer nach wie vor schwierig und ihre Fraktion hatte den Änderungsantrag gestellt, die umliegenden Straßen bei der Umgestaltung des Platzes mit in Betracht zu ziehen und Alternativrouten anzubieten.

Des Weiteren verwies **Frau Ranft** auf die Aussage der Verwaltung, dass der Änderungsantrag nicht an den Gestaltungsbeschluss gekoppelt werden kann. Ihre Fraktion sieht eine Kopplung gegeben und aus diesem Grund bat sie um das Votum der Stadträte zum Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Bezogen auf die Ausführungen von Frau Ranft zur Kopplung mit anderen Maßnahmen machte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, darauf aufmerksam, dass es im Stadtbahnprogramm die Systematik der eigentlichen Stadtbahnmaßnahme mit Folgemaßnahmen und Zusatzmaßnahmen gäbe. Bei einem Beschluss des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN läge eine Zusatzmaßnahme zur Neuplanung vor, welche keine finanzielle Absicherung habe und es keine Antragstellung für mögliche Fördermittel gäbe.

Aus diesem Grund habe die Verwaltung die Empfehlung gegeben, einen separaten Antrag für die Thematik einzubringen.

Bezugnehmend auf den Vorschlag von Frau Dr. Schöps machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass eine teilweise barrierefreie Haltestelle nicht möglich sei. Dafür gäbe es aber eine barrierefreie Haltestelle Am Steintor und eine komplett ausgebaute barrierefreie Haltestelle am Joliot-Curie-Platz.

Zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass auch die Anlieger der Straßen am Joliot-Curie-Platz die Möglichkeit eines Stellplatzes im Straßenraum finden müssen.

Frau Dr. Schöps machte deutlich, dass sie die Ausführungen von Herrn Stäglin in Bezug auf die Barrierefreiheit der Haltestelle Am Stadtbad nicht nachvollziehen und auch nicht akzeptieren könne.

Zum Gestaltungsbeschluss am Joliot-Curie-Platz machte sie darauf aufmerksam, dass es zwar Verbesserungen gäbe, der Radverkehr aber immer noch schlecht wegkomme, was in der Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten nachgelesen werden kann.

Ein Problem sehe sie auch im Wegfall der Radverkehrsmöglichkeit auf der Ostfahrbahn. Deshalb wurde durch ihre Fraktion der Antrag gestellt, einen Teil der Ostfahrbahn für den Radverkehr zu gestalten.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, äußerte sich dahingehend, dass der Fußgängerüberweg am Hansering minutenlang durch einzelne Fußgänger genutzt wird und dadurch die Autos die Weiterfahrt der Straßenbahn teilweise blockieren. Hier halte er eine Ampelregelung für sicherer.

Mit den jetzt vorgeschlagenen zwei Ampelanlagen würde es aber das Problem geben, dass sich die Autos bei entsprechenden Rotphasen der Ampeln durch Straßenbahn oder Fußgänger stauen.

In diesem Zusammenhang fragte er an, weshalb die ursprüngliche Situation nicht beibehalten werden kann. Er sehe keinen Grund für eine solche Veränderung des Platzes. Er kritisierte auch, dass keine weiteren intensiven Diskussionen zu dem Thema stattgefunden hätten.

Auf die Äußerungen von Herrn Bönisch antwortete **Herr Beigeordneter Stäglich** dahingehend, dass gerade für den Joliot-Curie-Platz eine Vielzahl von Varianten geprüft worden sind und mit dem Vorschlag eine gute Lösung vorliege. Es sei notwendig, den Platz entsprechend regelungskonform auszubauen.

Des Weiteren machte er deutlich, dass es auf Basis des Stufenbeschlusses 1 für das Stadtbahnprogramm eine Lesung im Planungsausschuss gab, ohne den Wunsch zur Vertagung. Dort habe er über die kritischen Aspekte aus der Bürgerinformationsveranstaltung berichtet.

Um die Zeitkette zu beschleunigen wurde auch schon im Planungsausschuss vor der Sommerpause eine Präsentation zum Arbeitsstand Vorzugsvariante vorgestellt. Damit war die Möglichkeit gegeben, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen.

In Bezug auf die gewünschte teilweise Barrierefreiheit teilte **Herr Beigeordneter Stäglich** mit, dass nach dem Personenbeförderungsgesetz ab 2022 die vollständige Barrierefreiheit erreicht werden soll. Aus diesem Grund sei es bei einem Neubau eine wichtige Prämisse, die zu berücksichtigen ist.

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte bei Herrn Stäglich nach, in wie weit der Fahrtzeitgewinn durch den Wegfall der Straßenbahnhaltestelle Am Stadtbad auf die Wirksamkeit des Stadtbahnprogramms im Zusammenhang mit der Finanzierung des Projektes eine Rolle spielt.

Durch **Herrn Beigeordneten Stäglich** wurde darauf hingewiesen, dass nicht bei jeder einzelnen Variante jeweils die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für das gesamte Stadtbahnprogramm neu gerechnet wird. Im Ausschuss habe die HAVAG auch deutlich gemacht, dass es um den Beschleunigungseffekt geht und dieser mit eingerechnet wurde. Weitere Ausführungen könne er dazu jetzt nicht machen.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, stellte klar, dass er und auch die Mehrheit der Stadträte seiner Fraktion die Straßenbahnhaltestelle Am Stadtbad nicht für unbedingt notwendig halten. Seiner Ansicht nach würde sich durch die geplante

Baumaßnahme die Verkehrsführung am Steintor und am Joliot-Curie-Platz verbessern.

Der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verbesserung der Radverkehrssituation auf der Ostfahrbahn finde jedoch die Unterstützung seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.17.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße – Gestaltungsbeschluss" VI/2015/00902
Vorlage: VI/2015/01258**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
 21 Ja-Stimmen
 22 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Großen Steinstraße wird **mit folgender Änderung** bestätigt:

Auf der Ostfahrbahn des Joliot-Curie-Platzes wird eine Radverkehrsanlage Radweg eingerichtet, der den Radverkehr entgegen der Fahrtrichtung des MIV erlaubt. Die Anbindung wird so gestaltet, dass eine möglichst optimale Radverkehrsführung erreicht wird.

**zu 6.17.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungsbeschluss (VI/2015/00902)
Vorlage: VI/2015/01177**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
 19 Ja-Stimmen
 27 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Großen Steinstraße wird **mit folgender Änderung** bestätigt:

Die derzeitige Straßenbahnhaltestelle Stadtbad bleibt erhalten.

zu 6.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschluss-

**vorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße –
Gestaltungsbeschluss"; VI/2015/00902
Vorlage: VI/2015/01175**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlusstext wird folgender 2. Punkt ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich des Joliot-Curie-Platzes unter Einbeziehung der Nebenstraßen ein zusätzliches alternatives Angebot für eine Wegeführung des Radverkehrs zu entwickeln und dem Stadtrat gemeinsam mit einer Umsetzungsplanung hinsichtlich notwendiger Investitionsmaßnahmen vorzulegen.

**zu 6.17 Stadtbahnprogramm Halle, Ausbau der Großen Steinstraße - Gestaltungs-
beschluss
Vorlage: VI/2015/00902**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Großen Steinstraße wird bestätigt.

**zu 6.18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 "Nahversorgungszentrum
Ammendorf - Merseburger Straße" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/00946**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
26 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,5 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 6.19 Zustimmung zur Annahme einer Geld- und Sachspende zur Finanzierung und Herstellung eines öffentlichen Weges zwischen Wickenweg und Zöberitzer Straße in der Frohen Zukunft
Vorlage: VI/2015/01159

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Vereinbarung und Verwendung von Spendenmitteln in Höhe von 10.000,00 € zur Finanzierung des Erwerbs eines Teils eines nicht städtischen Flurstücks für den Bau eines öffentlichen Weges zwischen Wickenweg und Zöberitzer Straße.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Annahme einer Sachspende in Form eines durch den Spender neu hergestellten öffentlichen Weges als Fortsetzung des Wickenweges bis zum Anschluss an die Zöberitzer Straße in der Frohen Zukunft.
3. Der unter dem Vorbehalt des Beschlusses abgeschlossenen Spendenvereinbarung wird zugestimmt.

zu 6.20 Baubeschluss zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Zuge des Gimritzer Dammes und der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: VI/2015/00735

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Umsetzung der Hochwassermaßnahmen:

- Nr. 105/ „Wirtschafts-, Geh- und Radweg entlang der Brunnengalerie“,
- Nr. 110/ „Gimritzer Damm Fuß- und Radweg“,
- Nr. 114/ „Fahrbahn Gimritzer Damm, Abschnitt A und B“,
- Nr. 117/ „Halle-Saale-Schleife (Einmündungsbereich)“

im Zuge des Gimritzer Dammes und der Halle-Saale-Schleife.

**zu 6.21 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 164) an der
Gimritzer Gutsbrücke (BR 050)
Vorlage: VI/2015/00973**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau der Gimritzer Gutsbrücke.

**zu 6.22 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung an der Schleusenbrücke
(BR 016-019)
Vorlage: VI/2015/00891**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Beseitigung der Hochwasserschäden an der Schleusenbrücke (BR 016-019).

**zu 6.23 Einziehung von Verkehrsflächen am Steg (westlicher Bereich)
Vorlage: VI/2015/00939**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung von Verkehrsflächen am Steg (westlicher Bereich) nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 6.24 Einziehung von Parkplätzen an der Karlsruher Allee, nördlich der Einmündung Willi-Bredel-Straße
Vorlage: VI/2015/01065

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung von Parkplätzen an der Karlsruher Allee, nördlich der Einmündung Willi-Bredel-Straße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 6.25 Abfallwirtschaftskonzept 2015 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00850

Herr Helmich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab den Hinweis, dass die Erarbeitung des Abfallwirtschaftskonzeptes ein gutes Beispiel gewesen wäre, um eine echte Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung des Konzeptes durchzuführen.

Seine Fraktion würde dem Konzept zwar zustimmen, man hätte sich aber gewünscht, dass weitere Maßnahmen aus den Grundideen des Kreislaufwirtschaftskonzeptes, wie zum Beispiel die Schonung der natürlichen Ressourcen, die stoffliche Verwertung und die Rückbringung in den Wirtschaftskreislauf, hätten mit einbezogen werden können.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das Abfallwirtschaftskonzept 2015 für die Stadt Halle (Saale).

zu 6.27 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII)
Vorlage: VI/2015/00655

zu 6.27.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur BV Jugendhilfeplanung

**der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII) Vorlage: VI/2015/00655
Vorlage: VI/2015/01228**

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und auch des Jugendhilfeunterausschusses unzufrieden mit der Planung waren, weil diese nicht die Probleme in der Stadt widerspiegelt.

In der Stadt gäbe es ein starkes soziales Spannungsfeld und ungefähr ein Drittel der Kinder lebt in einer Bedarfsgemeinschaft. Im Städteranking befinde sich deshalb die Stadt Halle ziemlich weit oben.

Des Weiteren verwies er auf die Pro-Kopf-Ausgaben für Jugendverbandsarbeit, also im präventiven Bereich, welche enorm wenig sind. Halle sei zwar Spitzenreiter beim Bedarf, jedoch absolutes Schlusslicht bei den Bemühungen, hier etwas zu unternehmen.

Bezogen auf die vorliegende Planung merkte **Herr Dr. Wend** an, dass man für die Planung 2016 die Planung 2015 zugrunde nahm und bestimmte Aufwüchse nicht berücksichtigt worden sind. Bei steigenden Problemen werde versucht, 100.000 Euro einzusparen.

Mit der vorliegenden Planung werde der zukünftige Bedarf festgelegt und **Herr Dr. Wend** erinnerte daran, dass mit dem Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses die Jugendhilfeplanung für die Jahre 2016 – 2019 festgeschrieben werden soll.

Abschließend bat er darum, mit der Abstimmung ein klares Signal für benachteiligte Kinder und Jugendliche in der Stadt zu setzen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.27.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur BV Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII) Vorlage: VI/2015/00655
Vorlage: VI/2015/01228**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beschließt die Jugendhilfeplanung **für die Jahre 2016 -19 in der vom Jugendhilfeausschuss am 16.09.2015 empfohlenen Fassung** gemäß § 80 Sozialgesetzbuch VIII als Teilplan: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie.
2. Der Stadtrat beschließt die Sicherung der Finanzierung der in der Teilplanung aufgeführten Dienste und Einrichtungen gemäß § 79 (1) und (2) SGB VIII und § 31 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt ab dem Jahr 2016 jeweils in der jährlichen Haushaltsplanung.

zu 6.27 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der

**präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13,14,16 SGB VIII)
Vorlage: VI/2015/00655**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Jugendhilfeplanung für die Jahre 2016 -19 in der vom Jugendhilfeausschuss am 16.09.2015 empfohlenen Fassung gemäß § 80 Sozialgesetzbuch VIII als Teilplan: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie.
2. Der Stadtrat beschließt die Sicherung der Finanzierung der in der Teilplanung aufgeführten Dienste und Einrichtungen gemäß § 79 (1) und (2) SGB VIII und § 31 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt ab dem Jahr 2016 jeweils in der jährlichen Haushaltsplanung.

**zu 6.28 Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VI/2015/00942**

**zu 6.28.1 Änderungsantrag der Stadträte Frau Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM); Herr Kay Senius (SPD-Fraktion), Herr Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion); Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) und Frau Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01215**

**zu
6.28.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag (VI/2015/01215) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01261**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**zu
6.28.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag (VI/2015/01215) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01261**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

~~Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird gestrichen~~

~~„Der Beratungsstellenansatz 2015 ist beizubehalten. Im Haushaltsplan ist den Tarifierhöhungen Rechnung zu tragen“.~~

Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird durch folgenden Punkt ergänzt:
„Zukünftig ist die Tarifierhöhung in die Haushaltsplanungen mit einzubeziehen“

**zu 6.28.1 Änderungsantrag der Stadträte Frau Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM); Herr Kay Senius (SPD-Fraktion), Herr Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion); Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) und Frau Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöGLSA (VI/2015/00942)
Vorlage: VI/2015/01215**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird gestrichen und durch folgenden Punkt ersetzt:

„Der Beratungsstellenansatz 2015 ist beizubehalten. Im Haushaltsplan ist den Tarifierhöhungen Rechnung zu tragen“

**zu 6.28 Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VI/2015/00942**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Integrierten Sozial- und Jugendhilfeplanung nach dem „Gesetz zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA)“ zu.
2. „Der Beratungsstellenansatz 2015 ist beizubehalten. Im Haushaltsplan ist den Tarifierhöhungen Rechnung zu tragen“

**zu 6.29 Bestellung zweier Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01105**

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, machte darauf aufmerksam, dass es sich nicht um eine Wahl handelt, sondern um einen Abstimmungsvorgang und trotzdem die Vorschriften über die Wahl nach den neuen Regelungen des KVG entsprechend Anwendung finden. Das bedeutet in diesem Fall, dass die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder benötigt wird und es eine Abstimmung in der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen der Kandidaten durchzuführen ist.

Demzufolge muss in der Reihenfolge: 1. Frau Listing, 2. Frau Pätzold, 3. Herr Peter, 4. Frau Weiß abgestimmt werden.

Die beiden dann abgestimmten Vertreter müssten nicht nur die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder haben, sondern auch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für sie auf sich vereinigen.

Herr Schreyer teilte weiterhin mit, dass zwei Stellen zu besetzen sind. Laut Gesetz müsse aber die Personalvertretung die doppelte Anzahl an Vorschlägen unterbreiten.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung

Frau Sylvia Weiß	mehrheitlich zugestimmt
Frau Bettina Pätzold	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt **zwei der** nachfolgend, die von der Personalvertretung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten **der Stadt Halle (Saale)**, vorgeschlagenen Bediensteten als Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale).

Frau Sylvia Weiß
Frau Bettina Pätzold

~~sowie als deren~~ **Vertreter**

Frau Claudia Listing
Herr Steffen Peter

**zu 6.30 Förderung der Gebäudesicherung des Stadtbades, Schimmelstraße 1
Vorlage: VI/2015/01128**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt für die Förderung der Gebäudesicherung des Stadtbades ausnahmsweise von der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der Gebäudesicherung (Beschluss-Nr. V/2011/09497, Anlage 1) abzuweichen. Die Förderquote wird auf 100 % der zuwendungsfähigen Kosten festgesetzt. Weiterhin wird die Förderobergrenze von 150.000,00 € aufgehoben.

2. Der Stadtrat beschließt der Bäder Halle GmbH für die Sicherungsmaßnahmen am Stadtbad einen echten, nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von maximal 1.112.500,00 € zu gewähren.

zu 6.31 Zustimmung zur Annahme von Sachspenden
Vorlage: VI/2015/01246

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von Sachspenden in Höhe von

22.114,00 Euro für das Dienstleistungszentrum Migration und Integration.

zu 6.32 Zustimmung zur Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2015/01232

Bezugnehmend auf den Punkt 2. des Beschlussvorschlages fragte **Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, an, wie die Summe in Höhe von 3.110 Euro bestimmt wurde und ob es einen von beiden Seiten unterschriebenen Vertrag gibt. Weiterhin fragte sie nach den entsprechenden Regularien für derartige Spenden.

Herr Bürgermeister Geier konnte zur Zusammensetzung des Betrages momentan keine Auskunft geben. Er sagte eine Nachlieferung der Aufstellung der Summe und auch der entsprechenden Regularien zu.

Durch **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, wurde ergänzt, dass es sich bei dem vorgegebenen Betrag um den Versicherungswert handelt, welcher im Stadtmuseum ermittelt wurde.

Ein beidseitig unterschriebener Vertrag liege noch nicht vor, die Verhandlungen dazu laufen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von folgenden Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen

1. Spende von Fr. B. Tilgner für das Tierheim der Stadt Halle (Saale)
in Höhe von 5.000,00 Euro
Produkt 1.12213
2. Sachspende Gobelinentwürfe, Zeichnungen und Dokumentationsmaterial zur
Sammlung im Stadtmuseum von Fr. Bettina Riebesel, Luzern,
in Höhe von 3.110,00 Euro
Produkt 1.25101
3. Spende von der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH für die Stadtbibliothek
in Höhe von 7.500,00 Euro
Produkt 1.27201
4. Geldspende vom Verein „Freunde der Stadtbibliothek“ für die Stadtbibliothek zum
in Höhe von 4.100,00 Euro
Produkt 1.27201
5. Spendenvertrag zur Finanzierung des laufenden Aufwandes für verschiedene
hallesche Brunnen bzw. Wasserspielen in der Saison 2015 mit der HWG Hallesche
Wohnungsgesellschaft mbH bis zu einer Höhe von 16.500 Euro
Produkt 1.55105
6. Sponsoringvertrag für die Finanzierung des laufenden Aufwandes für hallesche
Brunnen bzw. Wasserspielen der Saison 2015 mit den Stadtwerken Halle GmbH bis
zu einer Höhe von 7.500 Euro
Produkt 1.55105
7. Spende von StadtElternRat der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 2.000,00 Euro für die
Maßnahme Schulwegbegleiter an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Produkt 1.57104

zu 7 **Wiedervorlage**

zu 7.1 **Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Erweiterung des gastronomischen Angebotes auf der Peißnitz - (Saalestrand - Mündung Riveufer/Mühlgraben) Vorlage: VI/2015/00956**

Herr Bernstiel teilte mit, dass er den in seinem Antrag geforderten Termin zur Vorlegung des Prüfungsergebnisses bis zur Stadtratssitzung im November 2015 ändern würde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des so geänderten Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen die Ansiedlung einer „Strandbar“, am bestehenden Saalestrand, an der Mündung Riveufer/Mühlgraben, zu fördern. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere Möglichkeiten einer ermäßigten Pacht und der Durchführung eines Konzept-Wettbewerbs evaluiert werden.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem Stadtrat bis zur Sitzung im November 2015 vorgelegt werden.

zu 7.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Öffnung des Mühlgrabens für den Wassersport im Rahmen der Umsetzung des Wassertourismuskonzeptes
Vorlage: VI/2015/00954

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass der Antrag im Wesentlichen die gleichen Punkte beinhalte, wie eine schriftliche Anfrage ihrer Fraktion vom Mai diesen Jahres. Dazu liege bis heute noch keine Antwort vor und sie fragte an, weshalb die Verwaltung ein halbes Jahr benötigt, um eine solche Anfrage zu beantworten.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass es intensive Diskussionen, sowohl in den Ausschüssen als auch in der Beigeordnetenkonferenz gab und jetzt eine harmonisierte Zeitkette zum Komplex Mühlgraben mit der Zielsetzung der Behandlung im November vorliege.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

1. **Welche Schritte sind erforderlich, um die Befahrbarkeit des Mühlgrabens für den nicht motorbetriebenen Wassersport, von der Höhe Kefersteinstraße bis zum Riveufer, zu ermöglichen.**

Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur Öffnung der momentanen „Sperrstellen“ Mühlpforte und Steinmühle sowie die zu erwartenden Kosten geprüft werden.

und

2. **Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zum Wassertourismuskonzept – Punkt 2.* - VI/2014/00485 die unter 1. geprüften Maßnahmen zu berücksichtigen und bis zur Sitzung des Stadtrates im Oktober 2015 zu berichten.**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im Konzept *bisher nicht finanziell untersetzten* Maßnahmen inhaltlich so zu unterlegen, dass der Stadtrat daraus eine Prioritätenliste entwickeln und beschließen kann.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Einrichtung eines "Welcome Centers"
Vorlage: VI/2015/00971**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, betonte, dass sich ihre Fraktion mit dem Antrag dahingehend bestätigt fühlt, da der Gesundheits-, Sozial- und Gleichstellungsausschuss einstimmig dem Antrag gefolgt ist.

Der Antrag soll ein Appell an den Oberbürgermeister sein und man wolle damit zeigen, dass gemeinsam etwas für die Flüchtlinge in der Stadt getan werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine klare Beantwortung bis spätestens Dezember 2015 zu.

Im gleichen Zusammenhang wies er aber darauf hin, dass der Antrag rechtswidrig sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis Dezember 2015 ein „Welcome Center“ der Stadtverwaltung für Asylsuchende, Flüchtlinge, EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sowie für internationale Studierende einzurichten. Das „Welcome Center“ „unter einem Dach“ sollte folgende Verwaltungsleistungen, Beratungs- und Informationsstellen vereinen:

- a) Möglichkeiten der Ab- und Ummeldungen des Wohnsitzes, die Erteilung, Verlängerung und Übertragung von Aufenthaltstiteln
- b) Informationsstellen für Wohnungssuchende zu Angeboten der örtlichen Wohnungsunternehmen
- c) Informations- und Beratungsangebote zur Kinderbetreuung, zum Schulbesuch, zu Studienmöglichkeiten
- d) Beratungsangebote zum Lebensunterhalt (z.B. nach Asylbewerberleistungsgesetz)
- e) Informationen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen, beruflichen, und akademischen Abschlüssen
 - Vermittlung von Deutschkursen bzw. Angeboten zur Sprachförderung
 - Informationen über berufliche Qualifizierungen und Integration in den Arbeitsmarkt
- f) Informationen und Beratungen zur gesundheitlichen Betreuung
- g) Informations- und Beratungsangebote für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten (z.B. Angebote in Sportvereinen u.a.m.; Angebote der Freiwilligenagentur)
- h) Ansiedlung von Sprachbegleitern

Alle entsprechenden Antragsformulare für mögliche zu beantragenden Leistungen sollen im „Welcome Center“ zur Handreichung vorhanden sein und mit einer ersten Beratung gekoppelt werden.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende
Vorlage: VI/2015/00785**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, machte deutlich, dass sich ihre Fraktion nach wie vor bestätigt fühlt, den Antrag aufrecht zu erhalten, auch weil es bundesweit und auf Landesebene jetzt Aktivitäten zu dieser Thematik gäbe.

Auch wenn nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters der Antrag erledigt sei, halte ihre Fraktion den Antrag aufrecht, um nach außen ein Zeichen zu setzen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte darüber, dass bei der heutigen Veranstaltung „25 Jahre Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt“ der Minister für Arbeit und Soziales, Herr Bischoff, mitgeteilt habe, dass sich das Land Sachsen-Anhalt zurzeit mit der Erarbeitung einer Chipkarte beschäftigt und er davon ausgeht, dass diese Karte eingeführt wird. In Absprache mit dem Bundesbereich sind die Bundesländer aufgefordert, in den einzelnen Ländern diese Chipkarte umzusetzen.

Mit der Einführung der Chipkarte würde es den Effekt der Vereinfachung für den Bereich der Verwaltung geben und der zweite Effekt sei die Herausrechnung der Kosten durch die Kommunen und direkte Abrechnung mit dem Land.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Beigeordneter Kogge** darauf hin, dass sich der Antrag damit erledigt habe.

Auf Grund der Ausführungen von Herrn Kogge stellte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN**, den Geschäftsordnungsantrag auf erledigt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Erledigung.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Art und Weise die Stadt Halle (Saale) auf vertraglicher Ebene mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewähren kann.

**zu 7.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01000**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Stadtrat im Frühjahr 2016 ein ganzheitliches Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Das Konzept soll sich inhaltlich an den nachstehenden Eckpunkten ausrichten:

- Erstellung eines Portfolios der halleschen Bildungslandschaft, das alle Bildungsangebote und -institutionen erfasst, das heißt, mindestens alle Angebote der frühkindlichen, schulischen, akademisch/wissenschaftlichen Bildung sowie Erwachsenen- und Seniorenbildung (inkl. der Angebote freier Träger), unter Einbeziehung aller außerschulischen Einrichtungen der künstlerischen, kulturellen und musischen Bildung (z. B. TOO, ZOO, Stadtbibliothek, Stadtmuseum etc.)
- Berücksichtigung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der Schulsozialarbeit
- Erarbeitung eines Bildungsleitbildes der Stadt Halle unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens, Definition von Schwerpunkten für ein erfolgreiches Bildungsmanagement (insbesondere Reduzierung der Schulabbrecher/-verweigererquote)
- Erarbeitung von Zielgrößen zur Absicherung einer zeitgemäßen Ausstattung in Bezug auf Technik und Mobiliar an allen halleschen Schulen
- Aufzeigen der Verbindungen mit bestehenden Planungsvorhaben anderer Verwaltungsbereiche
- Konkretisierung und Festlegung der Steuerungsverantwortung für die Verzahnung der Träger, Einrichtungen und Angebote in eigener kommunaler Verantwortung unter Darlegung der Steuerungsebenen und –beteiligten im Sinne eines kommunalen Bildungsmanagements
- Erarbeitung eines Schnittstellenmanagements zur Verbesserung des Übergangs zwischen Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und dem regulären Schulbetrieb sowie des Übergangs zwischen Schule und Beruf oder Studium, Prüfung der besseren Zusammenarbeit mit privaten oder zivilgesellschaftlichen Initiativen in diesem Bereich
- Berücksichtigung der Förderung inklusiver Bildung und Bildungsangebote mit dem Ziel, dass Heranwachsende unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Chancen erhalten
- Besondere Beachtung der Herausforderungen, die durch die steigende Zahl von Flüchtlingskindern erwachsen
- Darlegung von Prioritäten und Finanzierungsalternativen unter der Maßgabe der gesamten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel (insbesondere in Bezug auf den städtischen Ressourceneinsatz in den verschiedenen Sozialräumen)

2. Im Rahmen der Erstellung und späteren Umsetzung des Konzeptes sollten mögliche Kooperationen mit dem Saalekreis in den genannten Bereichen geprüft werden.
3. Das Konzept ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufs-
bedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße
Vorlage: VI/2015/00865**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadt Halle verkauft die Flächen westlich des derzeitigen Jugendamtes in der Schopenhauer Straße nicht und erhält als öffentlich zugängliche Grünanlage.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Ziel einzuleiten, die betreffenden Flächen als Grünflächen mit Versorgungscharakter darzustellen.

**zu 7.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der
Errichtung von Bewegungsparks für alle Generationen
Vorlage: VI/2015/00965**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass das Anliegen des Antrages gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die immer älter werdende Gesellschaft eine gewisse Bedeutung habe. In immer mehr Städten gäbe es solche Bewegungsparks, die sowohl von jungen als auch von älteren Menschen gut frequentiert werden.

Der Aussage der Verwaltung, dass der Antrag mit dem Vorliegen einer Spielplatzkonzeption erledigt sei, könne er nicht zustimmen, da Kinderspielplätze von Bewegungsparks zu unterscheiden sind.

Herr Häder bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion, um der Verwaltung die Möglichkeit weiterer Prüfungen zu diesem Thema zu geben.

Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies auf die Begründung der Verwaltung zur Erledigung des Antrages hin. In der Spielflächenkonzeption wurden Spielplätze und auch das Thema Bewegungsparks betrachtet. Eine Prüfung habe stattgefunden und die Prioritätensetzung und Zielstellung wurde dargelegt. Des Weiteren habe die Verwaltung auf die Situation der Förderprogramme verwiesen. Es gäbe auch keine neuen Erkenntnisse dafür, einen erneuten Prüfauftrag auszulösen.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Stäglin zu den Prüfungen machte **Herr Häder** deutlich, dass in vollkommen falscher Dimension geprüft wurde. Man dürfe nicht nur die

großflächigen Spielplätze mit 10.000 m² berücksichtigen, sondern müsse kleinteiliger denken. Unter diesem Gesichtspunkt bat er die Verwaltung um eine nochmalige Prüfung.

Weitere Wortmeldungen lange nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. geeignete Standorte im öffentlichen Raum für die Errichtung von Bewegungsparks für alle Generationen, unter besonderer Berücksichtigung von Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren, zu prüfen,
2. in Zusammenarbeit mit der Seniorenbeauftragten der Stadt, Senioren-, Sport- und Gesundheitsverbänden zu prüfen, ob und welche Bewegungsangebote (Geräte) für Erwachsene, speziell auch für Seniorinnen und Senioren, im öffentlichen Raum bestehen und möglich wären,
3. mögliche Förderprogramme des Bundes oder der EU zur Errichtung von Bewegungsparks zu prüfen.

zu 7.11 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen

Vorlage: VI/2015/00610

- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass der Antrag schon einmal in der Stadtratssitzung am 24. Juni behandelt und mehrheitlich beschlossen wurde.

Es gehe dabei um Gelder, die auf Grund von Bundesgesetzen jährlich an die Stadt Halle fließen.

Wegen der Einlegung des Widerspruchs durch den Oberbürgermeister sei eine erneute Beratung und Beschlussfassung notwendig, um dem Beschluss vom Juli Geltung zu verschaffen.

Zum Antrag selbst führte **Herr Dr. Fikentscher** aus, dass zur Kultur einer Stadt auch die Friedhofskultur gehört. Anfragen an die Stadtverwaltung hätten jedoch einen Investitionsstau von acht bis zehn Millionen Euro bestätigt.

Über die Ruherechtsentschädigungsgesetzgebung erhält die Stadt jährlich 600.000 Euro vom Bund, welches ausschließlich für Friedhöfe zu verwenden sei. Anderweitige Verwendungen sind ungesetzlich.

Damit wäre es möglich, über 15 Jahre lang mit diesem Betrag den Investitionsstau komplett abzubauen. Sollte nur die Hälfte des Betrages dazu verwendet werden, seien 30 Jahre zur Abarbeitung des Investitionsstaus nötig.

Er wies noch einmal darauf hin, dass es für die Verwendung des Geldes der Ruherechtsentschädigung eine klare gesetzliche Regelung gäbe.

Bezüglich des Widerspruchs durch den Oberbürgermeister und seiner Begründung wies

Herr Dr. Fikentscher darauf hin, dass es mit Doppik nichts zu tun habe, da nicht die Art der Buchführung eines Unternehmens darüber entscheidet, wo die Investitionsgelder hinfließen.

Da die Zahlung auch im Hinblick auf die Anmeldung des Zweckes, also für Friedhofsangelegenheiten erfolgt, sei die Kürzung anderer Gelder daraufhin nicht darstellbar. Der Bund zahle das Geld für die Entschädigung im Sinne der ewigen Ruherechte, die er an diejenigen verliehen hat, die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft geworden sind.

Da nicht alle Friedhöfe mit solchen Opfern belegt sind, sei es erforderlich, Gelder, wie bisher auch, aus dem allgemeinen Einkommen der Stadt für die Friedhofssanierung einzusetzen.

Abschließend bat **Herr Dr. Fikentscher** um die nochmalige Zustimmung des Antrages.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig die Gelder aus den Ruherechtsentschädigungszahlungen des Bundes an die Stadt in voller Höhe jährlich in den Haushaltsplan zum Zwecke des Abbaus des Investitionsstaus an den Mauern, Treppen, Gebäuden und Wasserleitungen der kommunalen Friedhöfe einzustellen und für diesen Zweck zu verwenden.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Erweiterung des Angebots von öffentlichen Grillplätzen im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01142**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zur Beratung.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die acht für das Grillen zugelassenen Bereiche im Stadtgebiet werden um einen Platz am Lehmannsfelsen - Heinrich-Heine-Park ergänzt.

~~Darüber hinaus bitte ich die Stadtverwaltung darzulegen, auf welchen Flächen im~~

Stadtgebiet ebenfalls künftig legal gegrillt werden könnte.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzulegen, auf welchen Flächen im Stadtgebiet ebenfalls künftig legal gegrillt werden könnte.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der CDU/FDP Fraktion zur Festlegung von Standards zur Aushandlung der LQE-Vereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VI/2015/01187**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fachstandards, die den Verhandlungen zu den LQE-Vereinbarungen mit den freien Trägern von Kindertagesstätten sowie dem städtischen Eigenbetrieb zugrunde liegen, im Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten
Vorlage: VI/2015/01188**

Herr Helmich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass das Angebot an öffentlich nutzbaren Sportplätzen mit der Fläche des Bolzplatzes am Sandanger erweitert werden soll. Mit dem Antrag werde eine Vorfestlegung über die Nachnutzung beantragt. Es gäbe auch keinen Grund, eine Teilnutzung oder weitergehende Nutzung als Bolzplatz auszuschließen oder in ein späteres Jahr zu verlagern.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde deutlich gemacht, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei, darüber zu entscheiden. Es müsse erst der Bewilligungsbescheid vom Land vorliegen, um den Antrag behandeln zu können. Aus diesem Grund bat er um Vertagung des Antrages.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie in den Finanzausschuss.

Er begründete die Verweisung in den Finanzausschuss vor dem Hintergrund, dass das HFC-Leistungszentrum mit Flutmitteln errichtet werden soll und deshalb geklärt werden muss, inwieweit die Stadt verpflichtet ist, die am Sandanger befindliche Anlage zu entfernen. Im Ordnungs- und Umweltausschuss müsse man darüber diskutieren, in wie weit die Fläche als Überflutungsgebiet genutzt werden muss.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, stimmte der Begründung durch die Verwaltung zu, da sonst möglicherweise die Fördermittelzuweisung gefährdet werde. Er halte deshalb eine Diskussion zum heutigen Zeitpunkt für ungünstig.

Er bat darum, das Thema nicht nur zu verweisen, sondern auch den von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeitraum zu akzeptieren.

Abschließend plädierte **Herr Dr. Meerheim** dafür, erst den Fördermittelbescheid abzuwarten und sich dann über den Antrag zu verständigen.

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**
und durch
Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion
in den
Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass nach dem Umzug des HFC-Nachwuchsleistungszentrums in den Stadtteil Silberhöhe, die Flächen am Sandanger für den Freizeitsport als frei zugängliche Bolzplätze genutzt werden.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dafür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2015/01189**

Herr Helmich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte über die Auffassung seiner Fraktion, dass es während der Sommerferien möglich sein muss, wegen des großen Bedarfes in diesem Zeitraum, wenigstens ein städtisches Hallenbad für den Publikumsverkehr zu öffnen. Deshalb sollten mit der Bäder Halle GmbH entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Sportausschuss und in den Finanzausschuss, da aus der Antwort der Verwaltung hervorgeht, dass es unter Umständen dazu führen würde, dass der Betreibervertrag mit der Bäder Halle GmbH entsprechend geändert werden müsste.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
in den
Sportausschuss

und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der Bäder Halle GmbH Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, ab der Saison 2016 die Öffnung eines Hallenbades auch während der Sommerzeit zu gewährleisten.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste
Vorlage: VI/2015/01201**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag mit einer Initiative zur besseren Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme des Oberbürgermeisters, dass der Antrag unzulässig sei, weil in den Verantwortungs- und Hoheitsbereich des Oberbürgermeisters eingegriffen werde, regte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, an, den Antrag in eine Anregung zu ändern.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag zur weiteren Diskussion in den Planungsausschuss, in den Vergabeausschuss und in den Hauptausschuss.

Durch **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag nicht in die Verwaltungs- und Organisationshoheit des Oberbürgermeisters eingreife.

Es geht um die Veröffentlichung einer Liste von Vorhaben, in Form der Aufforderung zu einer neuen Aufgabe. Diese Aufgabe falle nicht in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Bönisch** darauf hin, dass es noch immer keinen Jahresabschluss 2013 gibt. Nach Gesetz sei dieser am 31.12. zu beschließen, damit man in Vorbereitung des nächsten Jahres auf fundierte Zahlen zurückgreifen kann. Bis zum 31.12. dieses Jahres müsste laut Gesetz der Jahresabschluss 2014 beschlossen werden. Die Vorlage der Jahresabschlüsse zur Beschlussfassung sei Aufgabe des Oberbürgermeisters.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass man zum Umgang mit dem vorliegenden Antrag einen guten Kompromiss gefunden habe.

Bezüglich der von Herrn Bönisch geäußerten Rechtsauffassung wies er darauf hin, dass diese schon mehrfach vom Landesverwaltungsamt widerlegt worden ist.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
in den

**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben
nach der VOB, VOL, HOAI und VOF
und in den
Hauptausschuss**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Form eine Vorhabenliste ähnlich dem Heidelberger Vorbild für Vorhaben und Planungen der Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe zur frühzeitigen Information von Bürgerschaft und städtischer Gremien in Halle eingeführt werden kann. Ein Prüfergebnis wird dem Stadtrat im 4. Quartal 2015 vorgelegt.

**zu 8.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Dienstleistungszentrum Migration und Integration
Vorlage: VI/2015/01236**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 8.7 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Meine Damen und Herren.

Herr Oberbürgermeister, ich könnte jetzt sozusagen nahtlos anknüpfen an das, was Herr Bönisch gesagt hat.

Wenn Sie mal die Anträge von den Fraktionen in den letzten Sitzungen nehmen, im letzten Jahr und sich diesen Antrag angucken und auch Anträge, die jetzt noch folgen im Sinne einer Dringlichkeit, dann folgt das immer einem bestimmten Pfad. Nämlich Sie sagen, das greift in meine Hoheit ein, gegebenenfalls. Wir fragen, was ist denn eigentlich los, was ist denn das Ergebnis verschiedener Alleingänge, die wir dann aus der Presse in der Regel erfahren? Es ist eine allgemeine Unsicherheit da. Ich glaube, Sie müssen sozusagen Ihr Verhältnis zum Rat diesbezüglich ein Stück überdenken.

Dieser Dringlichkeitsantrag ist ganz typisch dafür. Wir erfahren im August aus der Zeitung, also aus dem Amtsblatt in dem Fall, dass es ein Dienstleistungszentrum Migration geben soll. Am 9. September verkünden Sie auf der Beigeordnetenkonferenz, es existiert eigentlich schon zwei Monate. Natürlich liegt das zunächst erst mal in der Gestaltungshoheit des Oberbürgermeisters. Das entbindet Sie aber nicht von der Informationspflicht gegenüber dem Rat.

Nun haben wir hier nicht irgendeine Straße, irgendeine Schule, ein Hallenbad oder sonst was vor uns, sondern das ist ein Thema von nicht unerheblicher Brisanz und eine Aufgabe, die vor uns steht in einer Dimension in den nächsten Jahren, wo es unbedingt aus unserer Sicht notwendig ist, dass sowohl die Verwaltungsspitze als auch der Rat nicht nur an einem Strang stehen, sondern wenn es dann auch mal schwierig wird, und das können Sie nicht voraussehen und wir auch nicht, dann auch zusammenstehen.

Und dafür müssen beide Seiten möglichst alles tun.

Und um dafür eine Grundlage zu setzen haben wir diesen Antrag gestellt. Da kommt noch dieser andere Antrag nachher zu dem Mehrbedarf Personal. Der ist ähnlich gelagert.

Es geht nicht darum, sozusagen schneller zu sein als die Verwaltungsspitze oder irgendetwas Neues rauszufinden, sondern es geht darum, einigermaßen synchron im Gleichtakt die Kommunalpolitik gemeinsam zu gestalten. Darum geht es uns. Und das ist ein wichtiger Baustein dazu.

Wir wollen wissen, dieses neue Dienstleistungszentrum, was hat es tatsächlich für

Aufgaben? Wie ist die personelle Ausstattung? Was ist sozusagen auch der Aufwuchs auf Grund der neuen Aufgaben, die wir bekommen? Wie ist die Strategie, die dahinter steht, die gesamte Strategie?

Alles das fehlt uns. Das ist nicht getan mit einem Bericht des Oberbürgermeisters vor dem Stadtrat. Sie haben einige Eckpunkte gesagt, die waren für uns auch wichtig, gar keine Frage. Das ersetzt aber keine Strategie für eine solche herausragende Aufgabe, die uns die nächsten Jahre existenziell wahrscheinlich beschäftigen wird als Gemeinwesen.

Und da müssen wir anders mit umgehen. Deswegen hatte ich im Vergabeausschuss schon angeregt, dass wir hier auf eine ganz andere Art und Weise zusammen stehen und versuchen, das Thema gemeinsam zu bewältigen. Zumal gerade die Landesregierung relativ kurzatmig mit Anweisungen gearbeitet hat in den letzten Monaten. Gerade deswegen haben wir eine besondere potenzierte Herausforderung, die keine Seite, weder Sie als Verwaltungsspitze, wenn man das getrennt betrachten will, oder der Rat alleine bestehen könnte. Das kann man nur zusammen.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Gut, ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ja?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich beantrage Einzelabstimmung.

Herr Lange

Der einzelnen Punkte?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja

Herr Lange

Gut, das können wir machen. Dann wollen wir loslegen.

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 5	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 6	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 28.10.2015 eine detaillierte Aufgabenbeschreibung des neu geschaffenen Dienstleistungszentrums Migration und Integration zur Kenntnisnahme vorzulegen. Hierbei sind insbesondere die Organisationsstruktur, der avisierte Dienstleistungsprozess und die Schnittstellen innerhalb und außerhalb der Verwaltung darzulegen. Ferner ist der Stadtrat zu informieren, ob für den Prozess Qualitätsstandards erstellt wurden, welche dies ggf. sind und in welchen Zeitabständen diese evaluiert werden.

2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzustellen, welche Einrichtungen bzw. Institutionen in das ständige Kommunikationsnetzwerk des DLZ einbezogen werden.
3. Ferner ist der Stadtrat über die Struktur des Dienstleistungszentrums sowie über die konkreten Stellenbezeichnungen und ihre jeweiligen Aufgabenbeschreibungen zu informieren.
4. Die Änderungen im Stellenplan, die sich durch Verschiebungen innerhalb der Verwaltung und eventuelle Aufwertungen von Stellen ergeben, sind dem Stadtrat in transparenter und nachvollziehbarer Weise, unabhängig von den Beratungen zum Stellenplan 2016, darzustellen.
5. Weiterhin ist darzulegen,
 - in welchem Umfang zur Bewältigung der Arbeit des DLZ die Einstellung neuen Personals erforderlich ist,
 - ob dem DLZ weiteres Personal aus anderen Bereichen der Stadtverwaltung zugeordnet werden soll
 - ob das zur Verfügung stehende Personal als geeignet erachtet wird bzw. wie es auf die neue Aufgabe vorbereitet und ggf. weiter qualifiziert wird.
6. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzustellen, ob und in welche Beschlüsse des Stadtrates durch die Arbeit des DLZ eingegriffen wird und welche weiteren Beschlüsse des Stadtrates erforderlich sind, um die Arbeit des DLZ zu unterstützen

**zu 8.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: VI/2015/01239**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Stefan Busse scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten aus.

Herr David Horn wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten berufen.

**zu 8.9 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: VI/2015/01242**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Chris Rüdlich scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus.

Herr Heinz-Dieter Wilts wird als sachkundiger Einwohner in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

zu 8.10 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge Vorlage: VI/2015/01259

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um eine freiwillige Aufgabe, im Sinne einer Dienstleistung handelt. Er appellierte an die Stadträte, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, teilte mit, dass die Stadtverwaltung in enger Abstimmung mit den Gemeinschaftsunterkünften in der Stadt verschiedene Informationsmaterialien, unter anderem eine Broschüre vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, welche in verschiedenen Sprachen herausgegeben wurde, nutzt.

Des Weiteren liege ein Handbuch für Migrationsarbeit auf der Webseite unter Integration.halle.de vor. In diesem werden verschiedene Bereiche in verschiedenen Sprachen dargestellt. Dieses Handbuch sei für Migrantinnen und Migranten selber, wie auch für die Beratungsstellen in der Stadt nutzbar.

Abschließend informierte **Herr Paulsen** über die momentane Erstellung einer Informations- und Willkommensmappe der Stadt Halle (Saale) gemeinsam mit dem JobCenter und der Arbeitsagentur, in der es insbesondere um Zugänge zum Arbeitsmarkt geht und Ansprechpartner zum Thema Integration dargestellt werden.

Im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit erinnerte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an die Äußerungen von Herrn Schreyer bei der Diskussion zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte den Antrag zur Verweisung des Dringlichkeitsantrages in den Sozialausschuss.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, machte darauf aufmerksam, dass der Dringlichkeitsantrag nur mit 2/3 Mehrheit verwiesen werden kann und bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zugestimmt

Damit kann der Dringlichkeitsantrag in den Sozialausschuss verwiesen werden.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, im Sozialausschuss darüber zu reden, ob die Informationen für die Flüchtlinge zum Straßenverkehr notwendig sei.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Dringlichkeitsantrag zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt schnellstmöglich und ggf. mit der Unterstützung Dritter, eine Orientierungs-/Willkommensbroschüre zu erstellen, die Flüchtlingen bei der Unterbringung im Stadtgebiet übergeben wird.

Die Broschüre soll in den Sprachen Englisch, Arabisch, Paschto/Dari und Deutsch verfasst werden. Darüber hinaus sollen möglichst viele Infografiken und Fotos verwendet werden.

Wesentliche Inhalte der Broschüre sollen sein (Inhalten können gern erweitert werden):

- Staatsapparat in Deutschland
- Religionsfreiheit
- Schulsystem
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Gewaltmonopol bei der Polizei bzw. des Staates
- Grundregeln im Straßenverkehr
- Rechte und Pflichten von Asylbewerbern in Deutschland
- Hinweise zur öffentlichen Ordnung (z.B. Müllentsorgung, Ruhezeiten, Eintrittspreise zu Kultureinrichtungen)
- Hinweise zur medizinischen Versorgung
- Kontaktdaten von hilfreichen Ansprechpartnern wie z.B. Stadtsporthalle e.V., Ausländerbeirat usw.

Die Erste Auflage der Broschüre soll spätestens am 02. November 2015 übergabefertig sein.

**zu 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Personalstellenbedarf im Geschäftsbereich IV - Bildung und Soziales
Vorlage: VI/2015/01262**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 8.11 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Ich will noch mal was zur Genesis dieses Antrages sagen. Der ist tatsächlich auf den letzten Pfiff entstanden.

Allerdings hatte der Inhalt dieses Antrages uns, glaube ich alle, die wir hier im Raum sitzen,

schon Wochen, wenn nicht sogar monatelang beschäftigt. Ich darf daran erinnern, dass wir eine Organisationsuntersuchung hatten im Geschäftsbereich IV. Und danach sind dann für alle Teilbereiche gewisse Fallzahlen festgelegt worden, die pro Mitarbeiter in ihrer Tätigkeit zu erledigen sind. Danach ist auch die Stellenbemessung für den Haushalt 2015 vorgesehen gewesen.

Dann gab es die Prozesse, die wir alle zum Teil selbst miterlebt haben in diesem Jahr und die Verwaltung hat keine Reaktion gezeigt, obwohl die Zahlen, die wir planmäßig schon im Stellenplan drin hatten, absehbar weit überschritten worden und auch weiter überschritten werden in diesem Jahr.

Für den 2016 Zeitraum können wir jetzt nichts sagen, weil das, was Sie heute dazu gezeigt haben, kurz, in einer Minute, in einer Tabelle, war für uns nicht ersichtlich und auch nicht nachzuvollziehen, weil es einfach zu schnell war. Also für 2016 kann ich jetzt im Moment noch nichts sagen.

Aber auf das Jahr 2015 bezogen steht das auf jeden Fall fest.

Und, lieber Herr Oberbürgermeister, Sie haben zwei Termine mit den Fraktionsvorsitzenden verstreichen lassen, um ein solch wichtiges Thema, was nicht nur unsere Stadt bewegt und auch die da in der Verwaltung Beschäftigten bewegt, mal mit den Fraktionsvorsitzenden wenigstens zu besprechen.

Wir wollen ja gar nicht von einem Sonderausschuss oder irgendetwas in der Art reden. Zwei Termine. Und den dritten haben wir quasi selber mit dem Thema vorgegeben. Das fanden wir alle nicht, wie soll ich es ausdrücken, ich bin höflich, sehr gut, sondern wir dachten, es wäre angemessener gewesen, zeitnah auf die Probleme, die wir in dieser Stadt haben, zu reagieren.

Und dann ist es ja so, wir gehen ja alle mal in die Verwaltung. Wir haben alle Kontakt. Alleine durch die Arbeit in den Ausschüssen kommen wir mit Mitarbeitern der Verwaltung in Kontakt. Der eine da und der andere dort. Und manchmal sogar in den Häusern, wo sie arbeiten. Und wenn man dann mitkriegt dort, dass die Bereiche, die mit dem Problem zu tun haben, aber auch andere, weil die Fallzahlen beziehen sich nicht nur auf Flüchtlinge, sondern sind ja generell Fallzahlen für alles an Dienstleistungen, was wir zu erbringen haben. Egal ob das jetzt für Flüchtlinge ist oder für Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt, die also nicht zuwandern und man dort feststellt, dass es also eine gewisse Überlastung gibt, nachweisbar und keine Reaktion erfolgt, da hätten wir uns gewünscht, dass da eher eine Reaktion aus der Verwaltung gekommen wäre, um hier rechtzeitig einzuschreiten, um die Aufgaben, die da zu schultern sind, für alle in der Verwaltung, und ich gehe davon aus, dass sie sich alle engagieren, dass das überhaupt noch möglich ist.

Wir haben parallel dazu, zu den Ereignissen, die uns gerade alle so berühren und zum Teil ja auch überrollen, eine Veröffentlichung gehabt. Zwar zwei Monate oder anderthalb Monate später als der Bericht erschienen ist zum Personalbericht. Da wurden dann einige Kollegen von uns zitiert, weil die Quote Krankheit doch ziemlich hoch ist. Vielleicht sollte man mal darüber nachdenken, warum das so ist.

Wenn man permanent Überlastungsanzeigen registriert beim Personalrat und, und, und.

Und dann kommt noch dieses Thema Flüchtlinge hinzu.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Reaktion bis zum heutigen Tag war gegenüber dem Stadtrat, was die Bewältigung dieser Problematik betrifft, in dieser Stadt, für die Größe dessen, was uns hier bevorsteht, einfach nicht angemessen. Und wir fühlten uns quasi gedrungen, das Heft selbst in die Hand nehmen zu wollen, um hier Abhilfe zu schaffen in der Verwaltung. Weil wir der Meinung waren und es noch sind, anhand konkreter Zahlen, dass hier nachgeschoben werden muss mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um die Dinge, die jetzt praktisch notwendig sind, dass sie umgesetzt werden, bewältigen zu können.

Und natürlich haben wir uns Hilfe gesucht bei den Leuten, die damit zu tun haben. Die alltäglich mit diesem Problem zu tun haben. Und wir haben uns Zahlen zukommen lassen. Deswegen ist diese Liste derer, der Stellen, die wir jetzt hier vorschlagen, dass sie schnell und zügig eingerichtet, ausgeschrieben und dann besetzt werden, entstanden.

Heute haben Sie uns dann mit einer kleinen Tabelle gezeigt, was Sie für 2016 planen, mit dem Hinweis, dass das bis zum 30.06., Mitte des nächsten Jahres, dann sozusagen mit den Stellen, die Sie da vorgeschlagen hatten, besetzt sein soll. Das ist für uns zu spät.

Wir müssen jetzt gleich und sofort handeln, noch in 2015. Weil die Zahlen, die avisiert sind für die Flüchtlinge, die bei uns in Gemeinschaftsunterkünfte kommen, die dann in eine Wohnung rausgehen, erhöht sich. Wir haben jetzt über 400 in diesem Monat gehabt und sollen ab dem Oktober über 500 haben.

Ich habe Ihre Berechnung zu Hilfe genommen. Sie haben vorhin vor uns gesagt, dass Sie für Ihren Ablauf alle zwei Monate sozusagen, was möglich ist, aus den GU raus und dezentral unterzubringen. Der Ansatz ist ja lobenswert. Die Frage ist nur, wenn ich dann pro Woche 60 Wohnungen benötige, und ich habe das mal hochgerechnet bis zum Zeitpunkt 30.06., dann liegen wir bei über 1.800. Wie realistisch ist denn das?

Die HWG hat erklärt, 600 Wohnungen für dieses und für nächstes Jahr bereitstellen zu wollen. Die GWG hat sich auch verpflichtet, bestimmte Anzahl von Wohnungen, aber bei weitem nicht so viele. Ich glaube, nicht ganz ein Drittel von dem, was die HWG sich bereiterklärt hat, kurzfristig zur Verfügung stellen zu können.

Wie wollen wir das alles bewältigen? All diese Fragen, die müssen noch beantwortet werden. Für uns beantwortet werden, mit Ihnen gemeinsam und mit den Akteuren, die sie in dieser Stadt alle mit umsetzen sollen und vielleicht auch wollen, damit wir diese Situation beherrschen können. Damit wir nicht in die Lage kommen, vielleicht soziale Konflikte zu produzieren, die wir alle nicht wollen.

Und da bitten wir einfach nur darum, dass wir in Zukunft zeitnah, konkret, mit Zahlen und Analysenfakten unterlegt, mitgenommen werden.

Unser Vorschlag lautet deswegen heute, diese Beschlussvorlage, mit den Zahlen zu 2015 auf jeden Fall zu beschließen und für 2016 auch. Und dann können wir das mit dem abgleichen, was Sie uns heute gezeigt haben und gegebenenfalls mit dem Haushaltsplanentwurf für 2016. Wenn das da alles schon drin sein soll, dann ist es überraschend.

Umso mehr frage ich mich dann, warum haben Sie uns zum Beispiel, und das ist die Anregung von Herrn Cierpinski gewesen, nicht gleich den Haushalt vorgelegt. Dann hätte man vielleicht über die eine oder andere Stelle heute gar nicht reden brauchen, die vielleicht 2016 tangiert.

Aber 2015 steht felsenfest, wir benötigen dringend die Hilfe für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, damit wir nicht völlig kollabieren.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Vielen Dank.

Herr Dr. Meerheim, Sie haben jetzt sehr geschickt zwei Redebeiträge verbunden und damit die Redezeit von zwei Redebeiträgen ausgenutzt. Ich habe das jetzt mal zugelassen, aber das ist bitte, wir müssen das mal begrenzen an der Stelle.

Herr Geier hat das Wort.

Herr Bürgermeister Geier

Ja, meine Damen und Herren. Da muss ich vielleicht auch mal weiter ausholen. Und zwar die Organisationsuntersuchung, die damals im Geschäftsbereich IV lief, war zum Jahresanfang denke ich mal, war im Wesentlichen beschränkt auf den Bereich Soziales. Also das heißt, der Bereich von Herrn Baus, Fachbereich 50. Und da hat man einen Schlüssel definiert von 140 Fällen pro Mitarbeiter. Das war dann auch in diesem Ergebniskonsens, ist der Mitarbeiterschaft auch entsprechend vorgestellt und transportiert worden. Der zuständige Fachbeigeordnete war dabei. Das war sozusagen für uns quasi der Maßstab, um die Dinge abzugleichen.

Parallel dazu gab es verschiedene Festlegungen, die kann ich gern nochmal nachreichen, die flankierend wirken sollen und auch flankierend wirken. Das heißt, es waren organisatorische Dinge. Das war zum Beispiel die Überlegung, dass man diese Kassenautomaten anschafft, was jetzt auf den Weg gebracht ist. Also das war der Sachstand im Frühjahr.

Dann gab es eine leichte Entwicklung in den Fallzahlen Flüchtlinge/Asyl. Und dann ist es, denke ich mal, auch richtig, dass man zunächst innerhalb der Verwaltung reagiert und sagt, wo kann ich aus meinen Bereichen Personal dorthin abordnen und einfach mal abwarten, wie diese Entwicklung weiter geht. Das ist durchgeführt worden. Ich habe jetzt nicht genau im Kopf, wie viel Personen da bereitgestellt wurden, die dann dort in dem Sozialbereich, ausdrücklich das betone ich jetzt, nur Sozialbereich, verstärkt worden sind.

Dann gab es die Planung für den Haushalt 2016. Und da brauche ich ja bestimmte Vorlaufzeiten und bestimmte Redaktionsschlüsse, um diese Zeitkette einzuhalten. In dieser Planung 2016 war, wie ich das auch vorhin gezeigt habe, für dieses Thema Asyl und Ausländerwesen, also das heißt jetzt erweitert sich das nur von dem Bereich Baus auch auf den Bereich Ausländerwesen, zunächst nach dem damaligen Stand, etwa Juni plus 12 Stellen vorgesehen. Das heißt, die haben wir schon bei uns in der Planung berücksichtigt.

Und jetzt kommt ein Punkt, da muss ich also schon noch mal allgemein in die Runde fragen, wer diese Dynamik an Flüchtlingsströmen und Flüchtlingszulauf so hat absehen können. Das ist eine Sache, die ist von grundsätzlicher Natur, aber die hat, wie man auch in der öffentlichen Wahrnehmung sieht, auch das Land dazu veranlasst, oder es war für das Land eine Situation, die quasi nicht so nebenbei mit links zu machen war. Und diese Dynamik war in der Form im Juni, als es um den Redaktionsschluss für den Haushalt ging, nicht absehbar.

Jetzt ist in der Zwischenzeit reagiert worden. Ich meine, ich muss da jetzt nicht wiederholen, was der OB ausgeführt hat, aber mit dem Dienstleistungszentrum Migration und Integration. Und jetzt ist es natürlich schon auch so, dass sich mit dieser dynamischen Entwicklung und mit dieser Abstufung Bundesaufgabe, Länderaufgabe, kommunale Aufgabe, diese Bedarfe in verschiedene Verwaltungsbereiche aufgliedern.

Also am Anfang waren wir nur, kam das Thema nur im Sozialamt an. Jetzt sind da immer mehr andere Bereiche betroffen und das ist jetzt im Prinzip auch durch die Berichterstattung heute des OB, mit dem derzeit aktuellen Stand und mit dem derzeit berechneten Personalbedarf entsprechend vorgetragen worden.

Ich habe jetzt nicht im Kopf, wo da jetzt, oder ich kann jetzt nicht auf die Schnelle hier herausarbeiten, wo da jetzt der inhaltliche und mengenmäßige Unterschied zwischen diesem Dringlichkeitsantrag und der Vorstellung des OB ist. Aber ich denke mal, da liegt man sicherlich nicht so weit auseinander in dieser Prognose und Einschätzung.

Und ansonsten kann man da nur sagen, dass man natürlich da entsprechend sukzessive reagieren muss. Was aus unserer Sicht möglich war und was in der Verwaltung an Personal

dorthin, in die Bereiche, insbesondere Asylbereiche möglich war, das haben wir getan. Und wir müssen das zunächst auch so tun, um quasi innerhalb der Verwaltung das alles zu ermöglichen und möglich zu machen, damit diese Situation abgedeckt werden kann.

Die Frage, wann man da mit einer externen Ausschreibung kommt, das ist dann, sage ich mal, in der Abfolge der zweite Schritt.

Herr Lange

Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich wollte eigentlich nur noch einen Aspekt ergänzen, der jetzt noch mal darauf Bezug nimmt, dass die Stellen noch nach hinten verschoben werden, insbesondere wenn es eben um externe Ausschreibungen geht.

Wir sind nicht die einzigen auf dem Markt, die gute Leute suchen. Und wenn wir das ganze irgendwann im Februar/März oder vielleicht sogar erst im Juni ausschreiben, da kann ich mir gut vorstellen, dass wir, sage ich mal, relativ weit unten in der Prioritätenliste bei bestimmten arbeitssuchenden Sozialpädagogen etc. sind. Insofern spricht auch das dafür, jetzt schnell zu reagieren, damit wir die guten Fachkräfte, die im Moment auf Arbeitssuche oder auf Umstellungsbereitschaft sind, dass wir die auch wirklich gewinnen für diese Aufgabe.

Herr Lange

So, als nächster, Herr Geier möchte darauf antworten.

Herr Bürgermeister Geier

Ja, vielleicht noch mal ein Beispiel. Und zwar gibt es ja diese Umzugsmanager, Integrations- und Umzugsmanager. Da ist ja eine Ausschreibung erfolgt. Und da gab es im Rücklauf um die 150 Bewerbungen und da gehen ja jetzt die entsprechenden Gespräche mit diesen Bewerbern los.

Herr Lange

Herr Krause.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Herr Geier, das mit der Dynamik da gebe ich Ihnen ja Recht. Das konnte wohl auf unserer Ebene man in der Größenordnung vielleicht nicht voraussetzen, was die Flüchtlingssituation angeht und diese Aufgaben, die daraus resultieren und der Personalbesetz, der daraus entstehen muss.

Allerdings meine ich, waren die Kommunen oder die kommunalen Gebietskörperschaften immer noch schneller als das Land, muss ich mal sagen an der Stelle. Also von der Seite her, sind die Dynamiken ganz unterschiedlich.

Worauf ich aber hinaus will, das in Zusammenhang zu bringen mit dem, ich nenne mal eine Position, das ist die Position e) in dem Antrag, allgemeiner sozialer Dienst. Ich erinnere Sie daran, die Organisationsuntersuchung zum Geschäftsbereich IV haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen im Personalausschuss und im Finanzausschuss sowas von durchdekliniert. Ich weiß gar nicht, wie lange und wie oft. Und da waren die Stellen schon, das ist nur ein Beispiel für viele, da waren diese Stellen schon relevant.

Natürlich hat man in der Organisationsuntersuchung 140 Fallzahlen sozusagen definiert. Die realen Fallzahlen waren aber viel höher. Die lagen über 300. Das heißt, für die Bürgerinnen und Bürger die zusehen, eine Mitarbeiterin muss in diesem ganz speziellen Bereich über 300 solche Fälle bearbeiten, die jeder einzelne in sich zum Teil hochkompliziert sind. Das hat zu einer Arbeitsverdichtung geführt aufgrund von Krankheitsstand.

Und deswegen korreliert das ganz stark mit dem, was wir in den Medien jetzt gerade gelesen

haben zum Krankheitsstand in der Verwaltung. Die Begründung oder die Schlussfolgerung der Mitteldeutschen Zeitung kann ich da nicht nachvollziehen, wenn man den Sprung von 2013 auf 2015 sieht, wenn man die Krankheitstage sich anschaut, was da für ein Sprung erfolgt ist. Das ist schon ganz schön gravierend.

Und da bettet sich das mit ein. Das heißt, es ist schon über ein Jahr bekannt, dass in diesen Bereichen eine hohe Arbeitsverdichtung ist. Und ich sage Ihnen eines, und das habe ich von vielen gehört, ich selber habe mich mal hingesezt ins Einwohnermeldeamt mit einem eigenen Anliegen. Ich hatte vorher versucht einen elektronischen Termin zu machen. Den habe ich dann irgendwo in der zweiten Hälfte Oktober genannt bekommen. Der ging aber nicht, weil ich sozusagen eine dringende Sache zu erledigen hatte. Dann habe ich da drin drei Stunden gesessen.

Und dann habe ich tatsächlich, obwohl die auch sehr schwer beschäftigt sind, mit einer der Mitarbeiterinnen mal gesprochen, wie es denen geht. Die können schon nicht mehr aus den Augen gucken. Da ist eine echte Verdichtung. Da reicht es zum Beispiel im Einwohnermeldeamt nicht aus, dass man, ich verstehe ja, dass Sie einen Regelungsversuch machen, aber dass man zum Beispiel jetzt alle elektronischen Termine auf Samstag verlegt. Das ist eine Möglichkeit, sich der Sache etwas anzunähern. Wenn sie aber dann einen elektronischen Termin haben wollen im Einwohnermeldeamt, dann landen sie nicht auf dem nächsten oder übernächsten Samstag. Dann landen sie ganz weit hinten.

Ich sage nur an zwei Beispielen jetzt, hier ist ein viel größerer Regelungsbedarf und eines bedingt das andere.

Dieser Antrag sagt zum Beispiel, es soll schnell ausgeschrieben werden. Wir brauchen dringend von außen Leute, weil man das aus dem eigenen Bestand nicht mehr machen kann.

Warum ergreifen Sie nicht die Hand und sagen, so machen wir es. Es ist gut, dass ihr es auch so seht, anstatt sozusagen sich jetzt zu rechtfertigen.

Wir müssen das jetzt möglichst schnell umsetzen. Herr Oberbürgermeister hat definiert, wenn ich es richtig im Kopf habe, 51 Stellen bis ca. 30.06. nächsten Jahres. Anpacken, machen.

Also die Leute, die jetzt noch einigermaßen können, wenn die sozusagen nachher auch nicht mehr können, wie wollen wir die Arbeit bewältigen. Keiner kann zum jetzigen Zeitpunkt sagen, wie sozusagen das Arbeitsvolumen insgesamt noch auf Grund der aktuellen Situation steigen wird.

Also sprechen Sie mal mit den Leuten vor Ort. Hier reden wir über Indianer, nicht über Häuptlinge. Das sind die Leute, die tatsächlich die Arbeit machen. Die können vor Arbeit nicht aus den Augen gucken.

Herr Lange

Gut. So, gibt es weitere Wortmeldungen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich bitte um einzelne Abstimmung.

Die Aussagen, die Sie gemacht haben sind falsch. Die Verteilung und auch die Personalstellen sind genau auch austariert. Die Überlastungen, die Sie eben angesprochen haben, da liegt die Stadt Halle im absolut mittleren Bereich aller Behörden. Viele Behörden haben ganz andere Krankheitstage, so wie Sie es dargestellt haben.

Wir messen das auch immer daran, dass wir Überlastungsanzeigen auch entsprechend bearbeiten, auch bekommen. Momentan liegen 11, ich betone ausdrücklich, 11 Überlastungsanzeigen vor.

Die Darstellung, die ich Ihnen eben gemacht habe, bei dem Bericht des Oberbürgermeisters, wo wir das dargestellt haben, das sind die Stellen, die wir benötigen, die in Absprache mit den Fachbereichsleitern gekommen sind. Und die Fachbereichsleiter haben hier deutlich gemacht, welche Stellen sie benötigen. Dieses ist in Absprache mit der jeweiligen Fachbereichsleitung und mit den Teams geschehen.

Und deshalb sind Ihre Informationen richtig falsch. Und ich glaube auch, Sie versuchen hier irgendetwas, wahrscheinlich Herr Krause, ich sage das so deutlich, wahrscheinlich weil das Ganze, die ganze Asylproblematik viel zu gut und zu reibungslos in der Stadt verläuft, versuchen Sie hier Themen reinzubringen, die so nicht da sind.

Wir können Ihnen nur momentan sagen, wir haben 11 Überlastungsanzeigen. 11 Überlastungsanzeigen von 2.600 Mitarbeitern. Alle Mitarbeiter, alle Fachbereichsleiter haben heute noch mal in der Runde dargestellt, dass sie dieses Personal, was ich Ihnen eben dargestellt habe, benötigen.

Wenn Sie etwas anderes sehen, ja o.k. Aber letztendlich kann ich Ihnen nur sagen, dass Ihre Aussagen und Ihre Informationen, egal wo Sie die her haben, das muss ich auch erst mal deutlich sagen, falsch sind. Und sie entsprechen nicht der Situation der Amtsleiter.

Und ich möchte noch mal sagen, wir haben gemeinsam auch mit dem Personalrat ein abgestimmtes Verfahren, wie wir Überlastungsanzeigen bearbeiten, nämlich sehr intensiv, sehr genau und sehr sorgfältig.

Das Beispiel ASD, was Sie gebracht haben, ist ebenso falsch. Wir haben alle Überlastungen und alle Mitteilungen des ASD aufgearbeitet, wir haben zusätzliches Personal eingestellt. Deshalb, ich weiß nicht, wo Sie Ihre Informationen her haben.

Und ich habe Ihnen deutlich gemacht, beim Bericht des Oberbürgermeisters, dass das System, sage ich mal, auflaufend ist. Und das wir ständig anpassen. Wenn ich morgen weiß, ich kriege 150 neue Asylbewerber in die zentrale Anlaufstelle und ich kriege die Mitteilung, in zwei Wochen kriege ich 350 Asylbewerber in die zentrale Anlaufstelle ins Maritim, dann muss ich entsprechend reagieren. Das geschieht ausschließlich in Absprache mit der jeweiligen Fachbereichsleitung.

Und deshalb sitzen wir alle zwei Tage zusammen und stellen uns auf die neue Situation ein. Und wenn irgendjemand, das sage ich auch, in der Mitarbeiterschaft, das finde ich auch gut und richtig, wenn er sagt, er ist momentan den Anforderungen nicht gewachsen, dann gehen wir dem nach, Herr Geier untersucht das, der Organisationsbereich untersucht das und dann schaffen wir auch Abhilfe.

Deshalb ist meine Bitte, um noch mal so ein bisschen ein Kompromissangebot zu machen, ist mein Plädoyer, geben Sie uns die Möglichkeit, diese 51 Stellen auch einzusetzen, die wir, je nach Abforderung dann auch durchführen.

Und ansonsten möchte ich Ihnen sagen, wenn wir Stellen ausschreiben, Frau Brock, alle Mitarbeiter, die wir bislang ausgeschrieben haben, haben wir eine Vielzahl von Bewerbungen bekommen. Alle sind froh und freuen sich und mit guten, sehr guten Bewerbungen in der Verwaltung tätig zu sein. Das heißt, wir können uns gar nicht retten vor Bewerbungen und vor guten Leuten, die auch in die Verwaltung hinein möchten. Und aus Ihrem Bereich sind ja auch einige dabei, die sehr gern in die Verwaltung wechseln möchten.

Und ich kann nur sagen, wir sind hochqualifiziert bei uns innerhalb der Stadtverwaltung. Und haben einen sehr guten Mitarbeiterkreis.

Und deshalb bitte ich Sie, das was Sie gesagt haben Herr Krause, ist schlicht und einfach falsch.

Ich bitte um einzelne Abstimmung der Punkte.

Herr Lange

Ja, aber erst mal machen wir noch die restlichen Wortmeldungen.
Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Ich bin echt paff und erstaunt auch über die Ausführungen von Herrn Geier. Ich empfehle Ihnen dringend den Besuch derer, die vor Ort mit den Leuten zu tun haben, mit denen, über die wir reden.

Ich war am Dienstag nach dem Vorfall im Sozialamt, draußen in der Südpromenade und habe dort vor Ort mit den Beschäftigten gesprochen. Versuchen Sie es mal, vielleicht bringen Sie dann etwas mehr in Erfahrung, als das, was Sie heute hier vorgetragen haben. Das ist schweres Brot, was man hier kauen muss. Ich glaube, Sie sind sich immer noch nicht des Ernstes der Lage dort bewusst, unter welchen Bedingungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich knüppeln und vielleicht keine Überlastungsanzeige abgeben, weil sie trotzdem ihre Aufgabe erfüllen nach bestem Wissen und Gewissen, mit Überstunden noch und nöcher. Punkt 1.

Punkt zwei. Herr Geier, Sie haben davon gesprochen, dass Sie das Personal, was notwendig war, aus anderen Bereichen sozusagen zugewiesen haben. Zwei Stellen, zwei Stellen, vier waren beantragt schon im Mai, zum Beispiel für den Bereich HLU, also Hilfen zum Lebensunterhalt und Asyl. Davon sind bis zum heutigen Zeitpunkt nur zwei besetzt. Die sind hier bei unserem Antrag noch gar nicht mit dabei, die zwei, die noch fehlen für 2015. Wir sind davon ausgegangen, dass Sie es dann vielleicht noch irgendwann hinkriegen, auch ohne uns.

Da sind bis zum heutigen Zeitpunkt immer noch zwei nicht besetzt. Und im Stellenplan werden zwar dort so und so viel Stellen ausgeführt, aber da fehlt noch eine Stelle. Die ist nicht nachbesetzt worden, in dem gleichen Team, im gleichen Amt.

Und dann sagen Sie, Sie sind dabei, das alles zu erfüllen. Ich kann das nicht nachvollziehen oder wir können es nicht nachvollziehen. Wir haben uns doch nicht umsonst Gedanken gemacht an der Stelle. Wir wollen im Übrigen Ihnen nicht schaden, wir wollen die Verwaltung unterstützen bei der gemeinsamen Aufgabe, Flüchtlingen in dieser Stadt zu helfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann geben Sie uns die 51 Stellen, die ich dargestellt habe. Ich weiß gar nicht

Herr Dr. Meerheim

Herr Oberbürgermeister, Sie haben hier gar nichts dargestellt. Sie haben heute etwas an die Wand geworfen, was eine Minute zu sehen war. Und das soll ich heute hier freigeben?

Wir haben keine Informationen vorher gekriegt. Sie hatten zweimal die Chance, vor der letzten Beratung am Montag, also insgesamt einen Monat zurückgerechnet, sprich Ende August, Anfang September, mit uns über diese Problematik zu reden. Wir haben dann Selbstinitiative schon ergriffen, weil wir gesagt haben, na hallo, wann kommt er denn.

Es wäre ja mal dringend notwendig, darüber zu sprechen. Wir sind gegangen, haben gesucht, wo wir die Informationen herkriegen, die wir benötigen, um entsprechende Überlegungen anstellen zu können.

Herr Lange

Gut, Herr Bönisch hat das Wort, dann Herr Krause.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Mal auf den Punkt gebracht, Herr Oberbürgermeister, wir machen uns tatsächlich angesichts der zu erwartenden Zahlen, der noch zukünftig zu erwartenden Zahlen von Flüchtlingen, erhebliche Sorgen, wenn wir nicht unser Personal verstärken, wie wir mit den viel mehr Menschen und deren Betreuung fertig werden wollen mit dem existierenden Personal. Wir hatten die Runde der Fraktionsvorsitzenden am Montag. Thema war Flüchtlinge. Da sagen Sie, alles ist gut.

Wir sagen, ja da kommen aber diesen Monat 500, nächsten Monat 400 und jedenfalls übers Jahr, über diesen Rest des Jahres kommen noch mal mehr, als die, die jetzt schon hier sind. Und da sagen Sie, alles ist gut. Und nichts ist zu erkennen von Bemühungen, neues Personal zu kriegen.

Wir haben uns dann wirklich hinterher tief angeguckt alle und haben gesagt, mein Gott, was soll das jetzt werden. Und dann haben wir den Antrag ausgebrütet. Da haben wir uns sozusagen Hilfe geholt, wie viel und um welche Zahlen geht es konkret und wie viele sind es genau. Und dann haben wir den Antrag auf die Reise geschickt heute, jetzt, hier. Weil wir nicht glauben, dass alles gut ist, wenn noch 1.500 Flüchtlinge dieses Jahr nach Halle kommen möglicherweise und wir uns personell nicht verstärken. Das können wir doch gar nicht leisten. Und wir reden nicht von der ZAST. Wir reden von den Quotenzuweisungen für die Stadt. Die ZAST ist ein ganz anderes Thema. Das geht uns eigentlich wirklich nicht viel an.

Aber, Herr Oberbürgermeister, das war unser Problem. Und uns geht es auch zu guter Letzt um das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter. Uns geht es aber in erster Linie darum, dass wir die Leistungen, die wir erbringen müssen im Zusammenhang, und da geht es ja nicht nur um Flüchtlinge, es geht auch um das neue Wohngeldgesetz, das muss abgefangen werden. Das muss man aber vorher machen und nicht, wenn dann wieder die Schlangen stehen bis irgendwohin, weil die Anträge nicht entsprechend bearbeitet werden können, bei deutlich höheren Fallzahlen, die wir ab Januar erwarten können.

Also das alles kommt zusammen. Uns geht es darum, dass die Aufgabe ordentlich erledigt wird und wir haben die Partnerschaft gesucht. Da sollten Sie uns jetzt nicht vorwerfen, wir hätten es nicht versucht. Wir haben am Montag mit Ihnen geredet und die Antwort war, ... heute lassen Sie Herrn Geier antworten, wenn es ums Personal geht. Am Montag haben wir über die ganze Thematik geredet, war aber Herr Geier nicht dabei.

Heute haben Sie aber zu der Problematik zuerst mal nichts gesagt. Wir haben Ihnen ja noch die Gelegenheit gegeben, in Ihrem Bericht darauf einzugehen. Das war weiß Gott nicht adäquat.

Wir wollen jetzt hier gar nicht den Stab brechen. Wir wollen nur gemeinsam erreichen, dass es in Zukunft funktioniert, in der nächsten Zukunft.

Und deshalb auch die Begleitung im Personalausschuss als Punkt 4, damit dort regelmäßig berichtet werden kann und wir dann wirklich Ihnen noch weitere Stellen geben können, wenn Sie meinen, Sie brauchen in der Verwaltung noch mehr Personal.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also Herr Bönisch, ich habe das erläutert im Bericht. Das kann ich so nicht stehen lassen.

Aber ansonsten finde ich das gut. Geben Sie mir die Stellen, da kann ich gut damit arbeiten.

Herr Krause

In aller Kürze nur drei Bemerkungen.

Erstens. Von wegen Kompetenz unserer Mitarbeiter in der Stadt. Ich bin Verfechter von internen Ausschreibungen immer gewesen. Und ich kann mich an eine Begegnung mit Ihnen erinnern in der Fraktionsvorsitzendenrunde, ganz zu Beginn Ihrer Dienstzeit, da habe ich Ihnen gesagt, wir haben richtig gute kompetente Mitarbeiter in der Stadt. Da habe ich was ganz anderes gehört. Das ist das erste.

Das zweite ist, ich habe eben zwei Bereiche genannt, ASD und Einwohnermeldeamt, die zunächst nicht primär mit der Flüchtlingssituation zu tun haben. ASD schon, ich weiß. Aber zunächst erst mal habe ich auch versucht, den Zusammenhang herzustellen zu vor der Untersuchung vor einem Jahr und der Diskussion. Es hat niemand in Abrede gestellt, dass gar nichts passiert ist. Aber wir müssen heute feststellen, dass die Arbeitsverdichtung in den Bereichen trotzdem noch so hoch ist, dass da ein extremer Handlungsbedarf ist.

Und eine letzte Bemerkung gestatten Sie mir dann doch, mit diesen 11 Überlastungsanzeigen. Das kann man wie bei einer Medaille so rum und auch so rum interpretieren. Wenn Sie das in Verbindung bringen mit der Berichterstattung zum Beispiel zur Krankheits-situation, da kann man sich vielleicht auch mal überlegen, ob vielleicht nicht alle das sagen, was sie denken und sich gar nicht trauen, das erst anzuzeigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, wir unterhalten uns ja praktisch jede Woche. Und Sie kommen ja immer mit neuen Ideen. Und ich bin dankbar, dass ich Ihre Ideen immer wieder berücksichtigen kann. Deshalb danke ich Ihnen sehr.

Herr Lange

Der Oberbürgermeister möchte gerne, dass die Punkte einzeln abgestimmt werden. Dann wollen wir das mal so machen.

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Stellen im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 mit Wirkung zum 01.11.2015 im Rahmen geringfügiger Änderung desselben neu auszubringen und in den Stellenplan 2016 entsprechend zu übertragen:
 - a) FB 50, Team Asyl/HLU (incl. Leistungssachbearbeitung Krankenhilfe = 1 Stelle) :
9 VZS Sachbearbeitung – E 8 und 1 VZS Teamleitung – E 10
 - b) FB 50, Team Eingliederungshilfen :
2 VZS Sachbearbeitung – E 9
 - c) FB 50 , Team Grundsicherung:
1,7 VZS Sachbearbeitung – E 8 und 1 VZS Teamleitung – E 10

- d) FB 50, Team Wohngeld
2 VZS Sachbearbeitung – E 8
 - e) FB 53 (ohne Teamzuordnung):
1VZS Arzt – E14; 3 VZS Arzthelfer – E 6; 2 VZS Hygieneaufseher – E 9
1 VZS Sozialarbeiter Tbc S 8
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Pkt.1 benannten Stellen sofort extern auszuschreiben und zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen. Der Ausschuss für Personalangelegenheiten des Stadtrates ist zeitnah, fortlaufend und unaufgefordert über die Umsetzung der Ausschreibung sowie die Besetzung der Stellen schriftlich oder mündlich zu informieren.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Stellen für das Haushaltsjahr 2016 im Stellenplan zusätzlich zum Stellenplanentwurf 2016 auszubringen, diese zeitnah extern auszuschreiben und zum 01.01.2016 zu besetzen:
- a) FB 50, Team Wohngeld:
1VZS Teamleitung – E 10; 1 VZS Prüfung – E 9; 9 VZS Sachbearbeitung – E 8
 - b) FB 50, Team Eingliederungshilfe:
1VZS Teamleitung – E 10; 3 VZS Sachbearbeitung – E 9
 - c) FB 50 , Team Grundsicherung :
1 VZS Teamleitung E 10; 1,5 VZS Sachbearbeitung – E 8
 - d) FB 51 , Amtsvormundschaft:
1 VZS Amtsvormund - E 10
 - e) FB 51, Allgemeiner Sozialer Dienst:
5 VZS Sozialarbeiter – S 14
 - f) FB 51, Wirtschaftliche Jugendhilfe
1 VZS Sachbearbeitung – E 8

Punkt 2 Satz 2 des Antrages gilt für Punkt 3 ebenso.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, monatlich im Ausschuss für Personalangelegenheiten über die weitere Entwicklung der Fallzahlen, welche den Stellenbemessungen zugrunde gelegt werden, zu berichten, um für den Zeitraum ab 01.01.2016 gegebenenfalls weitere Stellen zeitnah ausbringen zu können. Dies betrifft insbesondere den FB 50 Team Asyl/ HLU (einschließlich Leistungssachbearbeitung Krankenhilfe)

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Finanzierung der Brandschutz- erziehung Vorlage: VI/2015/01179

Bezüglich der Aussage in der Stellungnahme der Verwaltung über die Beantragung von fünf neuen Bürgerarbeitsstellen fragte **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, nach, wie viel Stellen davon für den Brandschutz vorgesehen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Nachreichung der Information zu.

**zu 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Taubenbekämpfung
Vorlage: VI/2015/01178**

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat die Verwaltung um Untersetzung darüber, wie sich die Kostenschätzung für einen Taubenschlag in Höhe von 15.000 Euro zusammensetzt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine schriftliche Zuarbeit zu.

Des Weiteren wies er auf die Darstellung im entsprechenden Fachgremium hin, in dem Beispiele von Taubenschlägen vorgestellt worden sind. Auch der Tierschutzverein sei in diesen Fachgremien anwesend gewesen.

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erläuterte, dass ein Taubenschlag 8.000 Euro kostet. Zusätzlich dazu müsse man in einem geschlossenen Fangsystem eine Voliere errichten, welche die gleichen Kosten verursacht.

**zu 9.3 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Umfeld der Tourist-Information
- Stadtmarketing Halle
Vorlage: VI/2015/01173**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur
Auslastung der haleschen Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2015/01094**

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bezog sich auf die Tagesordnungspunkte 9.4 und 9.5. und äußerte sein Unverständnis dafür, dass die Anfragen nicht innerhalb von zwei Monaten durch die Verwaltung beantwortet werden konnten. So umfangreich seien die Antworten nicht nötig gewesen. Er bat um eine kurzfristige Beantwortung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, äußerte sich zum Hintergrund der Verschiebung der Stellungnahme durch die Verwaltung dahingehend, dass es notwendig war, zu manchen Fragen noch Nachfragen anzustellen, um eine komplette Beantwortung vorlegen zu können.

Ein Teil der Beantwortung der Anfragen wurde bereits dargelegt. Die noch offenen Punkte sollen bis zur Oktobersitzung des Stadtrates vorgelegt werden.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den LQE-Verhandlungen
Vorlage: VI/2015/01096**

Dieser TOP wurde bereits bei der Diskussion zum Tagesordnungspunkt 9.4 behandelt.

**zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Eigentumsverhältnissen an öffentlich genutzten Verkehrsflächen
Vorlage: VI/2015/01163**

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zeigte sich mit der Darstellung des finanziellen Risikos für die Stadt in der Stellungnahme der Verwaltung nicht einverstanden und bat um zusätzliche Erläuterungen dazu.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Ergänzung zu.

**zu 9.7 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Straßenreinigung
Vorlage: VI/2015/01176**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Änderung bei der Bereitstellung von Müllbehältern
Vorlage: VI/2015/01162**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vertagt.

**zu 9.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Aufnahme von Flüchtlingen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01180**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, machte darauf aufmerksam, dass die Antwort der Verwaltung auf den 24.09. datiert ist und nicht in Einklang mit den heute vorgestellten Mitteilungen zu diesem Thema steht. Er halte die Antwort für unverständlich.

Durch **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, wurde auf den Bericht des Oberbürgermeisters verwiesen, in welchem er dargestellt habe, dass aktuell 1.500 Flüchtlinge in diesem Jahr in die Stadt gekommen sind. Somit wurden die 11 % noch nicht erreicht. Die Zahlen ändern sich ständig, so dass aktuell keine konkreteren Aussagen getroffen werden können.

**zu 9.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Haushalt der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01184**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur Ampelanlage in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2015/01183**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Zuweisung von Flüchtlingskindern an Schulen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/00958**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu flexiblen Betreuungsangeboten in halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2015/01193**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Umbau Steintor
Vorlage: VI/2015/01198**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15 Anfrage der SPD-Fraktion zur „Schöne-Läden“-Initiative
Vorlage: VI/2015/01194**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Öffnung des Mühlgrabens für Paddelboote
Vorlage: VI/2015/00868**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vertagt.

**zu 9.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Arbeitsmarktkonzept
Vorlage: VI/2015/01195**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anschaffung moderner Schulcomputer
Vorlage: VI/2015/01196**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulsozialarbeit
Vorlage: VI/2015/01190**

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die Antwort von Herrn Beigeordneten Kogge auf die Einwohnerfrage bezüglich der Schulsozialarbeit an der Huttenschule und machte deutlich, dass die dort gemachte Zustimmung zur Nachvollziehbarkeit des Bedarfes in der vorliegenden Antwort der Verwaltung nicht zum Ausdruck kommt. Darin werde der Bedarf der Schulsozialarbeit an der Huttenschule nicht gesehen. Sie bat um eine Klarstellung dazu.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde auf die Erstellung von Kriterien bei der Betrachtung der Schulen, unter anderem mit dem Hartz IV-Quotient und dem Bereich der Migration, verwiesen.

Daraus wurde in der Bewertung der Schulen bei der Beantragung von Schulsozialarbeiterstellen die Stellungnahme der Verwaltung abgegeben. Eine positive Stellungnahme habe es für die Schule Ulrich-von-Hutten, Francke-Schule und den Bereich der Südstadt gegeben. Die Anträge wurden jedoch vom Land nicht bewilligt.

Er machte den Vorschlag, sich im Jugendhilfeausschuss mit dem Problem länger und intensiver zu befassen.

**zu 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verpachtung
landwirtschaftlicher Flächen
Vorlage: VI/2015/01202**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallbeseitigung in
Grünanlagen
Vorlage: VI/2015/01203**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vertagt.

**zu 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Festplatz
Vorlage: VI/2015/01204**

Herr Helmich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, war mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Zumindest die Frage, ob der Festplatz innerhalb der Überschwemmungsbereiche wieder angesiedelt werden kann oder ob er verlagert werden muss, hätte beantwortet werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass derzeit keine andere Antwort gegeben werden kann, da sich die Situation durch die Gerichtsentscheidung gegen das Landesverwaltungsamt im Hinblick auf die Planungstrasse komplett verändert habe.

Er bat deshalb um Verständnis, da abgewartet werden muss, welcher Ansatz durch das Land gewählt und welche neue Trasse möglicherweise favorisiert wird. Erst danach könne die Anfrage beantwortet werden.

**zu 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Feriennutzung von
Sporthallen
Vorlage: VI/2015/01205**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Sturmschäden im
Bereich Stadtgrün
Vorlage: VI/2015/01206**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.25 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Situation der Asylbewerber/Flüchtlinge in Halle (Saale) und bestehenden Hilfemöglichkeiten
Vorlage: VI/2015/01186

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung wurde durch **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, deutlich gemacht, dass sich die Stadt bemühen sollte die noch fehlenden Daten einzuholen, um in den Bereichen eine Integration zu ermöglichen.

Des Weiteren könnte über eine Konzeption nachgedacht werden, um die Bürgerarbeit so auszuweiten, dass dort auch Flüchtlinge Bürgerarbeitsangebote erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Häder zu. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass es im Moment keine klaren Informationen zu den Flüchtlingszahlen gäbe.

zu 9.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Würdigung der Stadt Halle (Saale) als Fairtrade Town
Vorlage: VI/2015/01185

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.27 Anfrage des Stadtrates Denis Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Zugänglichkeit der Grundschulen außerhalb von Pausenzeiten
Vorlage: VI/2015/01191

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte deutlich, dass er die Antwort der Verwaltung auf seine Anfrage nicht akzeptieren könne.

Seiner Ansicht nach könnte die Regelung der Zugangszeiten in den Schulen nicht nur mit dem Einschreiben in die Schulordnung geregelt werden. Er bat um Nachjustierung der Antwort der Verwaltung.

Sollte dies nicht erfolgen, werde seine Fraktion einen Antrag zu dieser Problematik stellen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, gab den Hinweis, bei einer eventuellen Antragstellung durch die Fraktion zuständigkeitshalber den Rektor der Schule einzubeziehen, da dieser für die Klärung der Öffnungszeiten der Schultüren zuständig sei. Er müsse mit seinem Personal die Öffnung der Schule organisieren.

Die Verwaltung sei in diesem Fall nicht zuständig.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des

Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2015/01197

Die Mitteilung wurde in die Oktobersitzung vertagt.

zu 10.2 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2015/01087

Die Berichterstattung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.3 Quartalsbericht I/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2015/00845

Der Quartalsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

alt 6.8 **Jahresrechnung 2014 der Stiftung Händel-Haus**
zu 10.4 Vorlage: VI/2015/01170

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über zwei mündliche Anfragen von Stadträten, die in schriftlicher Form angekündigt worden sind:

1. Stadtrat Herr Lange zur Begutachtung der Unfallkasse in der Grundschule Heide-Nord
2. SKE Herr Dieringer und Stadtrat Herr Bernstiel, beide CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Giebichensteinbrücke.

zu 11.1 mdl. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange zur Grundschule Heide-Nord

Herr Lange fragte nach den erfolgten Begutachtungen der Unfallkasse in der Grundschule Heide-Nord und für deren Schulhof.

Des Weiteren fragte er nach den von der Unfallkasse festgestellten Mängeln, wann diese abgestellt worden sind, wann die restlichen Mängel abgestellt werden und welche Sanktionen von der Unfallkasse angedroht wurden.

Dazu teilte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, mit, dass die letzte Besichtigung der Unfallkasse Land Sachsen-Anhalt am 23.04.2013 stattfand.

Die Unfallkasse habe nachfolgend genannte Mängel festgestellt:

- | | | |
|------|---|----------------|
| 1.a) | fehlender zweiter Handlauf am Treppenhaus | - Lösung offen |
| 1.b) | Treppengeländer erhöhen | - Lösung offen |
| 1.c) | Treppengeländer oberste Etage umarbeiten | - Lösung offen |
| 2. | Sicherung der Volleyballstangen | - erledigt |

Da sowohl die Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt, als auch die Schulbaurichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt bei Handläufen andere bauliche Forderungen ausweist, als die Unfallverhütungsvorschriften der Schulen, bedarf es einer einzelfallbezogenen Lösung. Für eine spätere investive Planung gäbe es momentan weitere Abstimmungen mit dem Fachbereich Bauen.

Zur Frage nach den Sanktionen durch die Unfallkasse teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass der Verwaltung keine Sanktionen schriftlich vorliegen würden.

**zu 11.2 mdl. Anfrage des sachkundigen Einwohners Lothar Dieringer (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) und des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Giebichensteinbrücke
Vorlage: VI/2015/01260**

Herr Bernstiel fragte an, ob die Verlegung der Gehwegplatten auf der Giebichensteinbrücke den für diese Arbeiten geltenden Vorschriften entspricht. Sollte dies der Fall sein, fragte er nach der vorgeschriebenen Breite der Fugen zwischen den Platten und mit welchem Material sie verfüllt werden müssen.

Sollte die Verlegung der Gehwegplatten nicht den geltenden Vorschriften entsprechen, bat er Mitteilung dazu, wie damit umgegangen wird

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.3 mdl. Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zu Elternbeiträgen an städtischen Einrichtungen

Herr Eigendorf fragte an, welcher Kostendeckungsgrad mit dem Zuschuss der Stadt und den sonstigen öffentlichen Zuwendungen an die städtischen Kindertagesstätten im Jahr 2015 erreicht wird und mit welchem Kostendeckungsgrad die Stadt für das Jahr 2016 kalkuliert. Des Weiteren bat er um Informationen dazu, ob aus Sicht der Stadt eine Anhebung der Elternbeiträge zum 01.01.2016 notwendig sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu, da noch keine endgültige Entscheidung vorliege.

zu 11.4 mdl. Anfrage Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Spielplatz in der Silberhöhe

Frau Haupt informierte darüber, dass vom Spielplatz im Grünzug der Silberhöhe in der Querfurter Straße teilweise Spielgeräte abmontiert worden sind. Sie fragte an, ob es Ausgleichsmaßnahmen dafür gäbe.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.5 mdl. Anfrage Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Betreuung des ehemaligen SILVA

Frau Haupt fragte nach, ob es eine Möglichkeit gäbe, die Betriebskosten im Gebäude des ehemaligen SILVA zu minimieren bzw. ob es möglich ist, das Gebäude für mehrere Vereine zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.6 mdl. Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Künstlerhaus 188

Bezugnehmend auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes zum Künstlerhaus 188 fragte **Frau Dr. Wünscher** an, bis wann mit einer Stellungnahme der Verwaltung zum Erhalt des Künstlerhauses 188 und dessen Finanzierung gerechnet werden kann.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass schon Kontakt mit dem Verein Künstlerhaus 188 e.V. aufgenommen und um konzeptionelle Vorstellungen gebeten wurde. Die Verwaltung geht davon aus, bis Dezember ein Konzept vorlegen zu können.

Auf den Hinweis von Frau Dr. Wünscher, dass dann die Haushaltsberatungen vorbei sind, verwies **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** darauf, dass eine frühere Einbringung nicht möglich sei.

zu 11.7 mdl. Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Moritzburg

Frau Dr. Wünscher bezog sich in ihrer Anfrage auf den im Juni beschlossenen Antrag zur Finanzierung der Moritzburg und dem dazu erfolgten Widerspruch des Oberbürgermeisters. Sie fragte nach, ob die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes schon vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass erst die Verhandlungen der Stadt mit dem Land abgewartet werden sollen. Man habe dem Land einen konkreten

Vorschlag unterbreitet und warte auf die Antwort, welche er dann dem Landesverwaltungsamt weitergeben werde.

Frau Dr. Wünscher machte darauf aufmerksam, dass die Finanzierung der Moritzburg bis zu den Haushaltsberatungen geklärt sein muss.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf verwiesen, dass im Vertrag vorgesehen ist, mit Ergänzungsleistungen in Höhe von 130.000 Euro zu arbeiten. Auch habe die Stadt ein Angebot in Höhe von 160.000 Euro gemacht.

Er führte weiter dazu aus, dass das Landesverwaltungsamt in einem kurzen Antwortschreiben mitgeteilt habe, auf die weiteren Absprachen zu warten und dass der Vertrag insgesamt widersprüchlich sei.

zu 11.8 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Bedarfsplanung Kita

Herr Peinhardt bezog sich auf die Bedarfsplanung Kita und dem dargestellten Defizit von mehreren hundert Kita-Plätzen, die mit dem Betreuungsgeld und dem Neubau von Kindereinrichtungen gegengerechnet worden sind.

Da die Neubauten wahrscheinlich erst 2017 stattfinden werden, das Betreuungsgeld gekippt wurde und die nach Halle kommenden Flüchtlinge auch einen zusätzlichen Anspruch auf Kindereinrichtungen haben, fragte er bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand an, wie das Defizit gelöst werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, zu diesem Thema Rücksprache mit Herrn Beigeordneten Kogge zu nehmen und sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.9 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Parkplätzen Diesterwegstraße

Herr Peinhardt informierte darüber, dass die Parkplätze in der Diesterwegstraße, in Höhe der Grundschule, einen Niveauunterschied von ca. fünf cm aufweisen, was ein Ausparken schwierig gestaltet. Er fragte an, ob kurzfristig eine Verbesserung erfolgen könne.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine Prüfung zu. Unter dem Gesichtspunkt der anderen Prioritäten im Tiefbaubereich könne dann die Maßnahme eingetaktet werden.

zu 11.10 mdl. Anfrage Herr Helmich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Sportprogramm

Herr Helmich fragte nach, an welchem konkreten Sitzungstag des Sportausschusses die Vorlage des Sportprogramms durch die Verwaltung erfolgt.

Laut Aussage von **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, befinde man sich in der internen Abstimmung. Das Sportprogramm soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

zu 11.11 mdl. Anfrage Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Tag der offenen Tür

Frau Ranft fragte an, ob durch die Verwaltung wieder ein Tag der offenen Tür geplant sei und welchen Inhalt er haben wird.

Durch **Frau Ernst, Büroleiterin**, wurde die Planung eines Tages der offenen Tür im nächsten Jahr bestätigt. Es wird angestrebt, Anfang November über das Thema und eine mögliche Zusammenarbeit zu informieren.

zu 11.12 mdl. Anfrage Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Suchtbericht

Bezugnehmend auf die Stellungnahmen der Suchtberatungsstellen zum Suchtbericht teilte **Frau Ranft** mit, dass diese zur Septembersitzung des Stadtrates angekündigt wurden. Da sie noch nicht vorliegen, fragte sie an, wann der Ratsbeschluss umgesetzt wird.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde auf die Sitzung des Sozialausschusses im Rahmen der PSAG-Berichterstattung (Psychosoziale Arbeitsgruppe) verwiesen, in welcher der Suchtbericht enthalten war.

Die dann erfolgten Stellungnahmen wurden dem Bericht angeheftet und veröffentlicht.

Er bat Frau Ranft um eine Schriftliche Mitteilung, um welche fehlenden Stellungnahmen es sich handelt.

zu 11.13 mdl. Anfrage Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum LiveStream der Ratssitzungen

Frau Ranft fragte nach dem aktuellen Stand der Umsetzung des LiveStream der Ratssitzungen.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, informierte darüber, dass die Abstimmungen zum LiveStream relativ weit fortgeschritten sind. In den nächsten vier Wochen könne er dazu weitere Auskünfte geben.

zu 11.14 mdl. Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zur Außenstandssituation in der Stadt Halle (Saale)

Herr Senius bezog sich in seiner Anfrage auf einen Presseartikel über die Darstellung der Situation der Außenstände der Stadt Halle.

In diesem Zusammenhang fragte er an, wie sich die Forderungssituation von Halle im Vergleich mit anderen ostdeutschen Großstädten darstellt und wie das Beitreibungsverfahren aussieht.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.15 mdl. Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zur Absicherung der Schulentwicklungsplanung

Bezugnehmend auf den Stadtratsbeschluss vom 27.05.2015 zur Absicherung der Schulentwicklungsplanung, welcher darauf ausgerichtet war, das Prüfergebnis der Verwaltung für die Förderobjekte, die nicht STARK III Mittel förderungsfähig sind, aufzunehmen und dafür die Alternativen aufzuzeigen, fragte **Herr Senius** an, ob die Prüfung erfolgt ist und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

Sollte keine Prüfung erfolgt sein, bat er die Verwaltung um Informationen zu den Hinderungsgründen.

Des Weiteren bat er um Mitteilung, weshalb nicht, wie im Beschluss verlangt, bis zum 24.06. gegebenenfalls initiativ eine Zwischeninformation an den Rat gegeben wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte darüber, dass man bei der weiteren Planung zu STARK III gerade die Plattenbauschulen mit entsprechenden Planungsgründen untersetzt und dies im Haushaltsplan abgebildet habe

Sollte das Projekt STARK III erheblich verschoben werden, würde man jedoch in Schwierigkeiten geraten und müsse die Maßnahmen noch einmal prüfen.

Herr Senius merkte an, dass ein Teil seiner Fragen durch die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge beantwortet sind.

Er stellte abschließend die Frage, warum solche Informationen zu spät und erst auf Nachfrage und nicht so, wie im Dringlichkeitsantrag und im Beschluss angelegt, erfolgen.

Bezugnehmend auf die Anmerkungen von Herrn Senius bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Stadträte darum, sich beim Land für die Verabschiedung der STARK III Richtlinie einzusetzen. Sobald der Entwurf in der Verwaltung vorliegt, werde eine Unterrichtung des Stadtrates erfolgen und entsprechende Vorschläge unterbreitet.

zu 11.16 mdl. Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den Jahresabschlüssen 2013 und 2014

Herr Bönisch fragte nach, wann die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 vorgelegt werden. Per Gesetz müsste bis zum 31.12. des jeweiligen Folgejahres die Beschlussfassung über den Jahresabschluss abgeschlossen sein.

Herr Bürgermeister Geier informierte darüber, dass der Jahresabschluss 2013 am 17.12.2015 im Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werden soll. Auch wurden in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im September die Gründe der Verschiebung erklärt.

Durch **Herrn Bönisch** wurde darauf verwiesen, dass die Fristsetzung unbedingt zu beachten sei und der gesetzliche Rahmen eingehalten werden muss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte zukünftig die Einhaltung der Fristen zu.

zu 11.17 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu den Jahresabschlüssen 2013 und 2014

Herr Dr. Meerheim fragte an, ob das Zahlenwerk zum Jahresabschluss 2013 und 2014 im nächsten Finanzausschuss vorliegen würde.

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass der gesamte Jahresabschluss 2013 fertiggestellt ist. Der Jahresabschluss 2014 sei von der Buchhaltung fertig, aber noch nicht komplett.

Auf die Bitte von Herrn Dr. Meerheim, die bereits vorliegenden Unterlagen im Finanzausschuss vorzulegen, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf verwiesen, dass die Jahresabschlüsse komplett vorgelegt werden sollen. Da der Jahresabschluss 2014 noch nicht komplett ist, sei es nicht möglich, beide Jahresabschlüsse gleichzeitig vorzulegen.

Wie durch Herrn Bürgermeister Geier schon mitgeteilt, wird der Jahresabschluss 2013 im Dezember 2015 und der Jahresabschluss 2014 zwei Monate später vorgelegt.

zu 11.18 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu finanziellen Auswirkungen bezüglich Straßenausbaubeiträgen

Herr Dr. Meerheim bezog sich in seiner Anfrage auf die Mitteilung von Herrn Schreyer zur geänderten OVG-Rechtsprechung bezüglich der Straßenausbaubeiträge und fragte nach, welche finanziellen Auswirkungen es dazu gäbe.

Er bat um eine Beantwortung bis zur nächsten Finanzausschusssitzung.

zu 11.19 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Erwerb ehemaliges Kreiswehrrersatzamt in der Albert-Schweitzer-Straße

Bezüglich des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes in der Albert-Schweitzer-Straße fragte **Herr Dr. Meerheim** an, ob die HWG ihr Interesse am Kauf bekundet habe.

Herr Heinz, Fachbereichsleiter Immobilienmanagement, teilte mit, dass die HWG das Objekt gekauft hat und die Stadt den Mietvertrag entsprechend dem Ratsbeschluss unterzeichnet habe. Der Mietvertrag wurde zwischen der Stadt Halle und der HWG über 30 Jahre abgeschlossen.

Wenn es bei den ursprünglichen Planungen bleibt, den Fachbereich Bildung dort zu integrieren, erfolgt der Umzug spätestens in einem halben Jahr.

**zu 11.20 mdl. Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,
zum Projekt Sozialrathaus**

Auf die Nachfrage von **Herrn Häder** zu den Planungen zum Projekt Sozialrathaus informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass die Verwaltung versucht, in zwei Monaten ein Konzept zu einem Sozialrathaus vorzulegen.

zu 12 Anregungen

**zu 12.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu WC-Hinweisschildern
Hallmarkt/Marktplatz
Vorlage: VI/2015/01199**

Die SPD-Fraktion regt an, ein Hinweisschild für das öffentliche WC auf dem Marktplatz an der Ecke Talamtstraße in Richtung Marktplatz anzubringen.

alt 8.6

**zu 12.2 Anregung der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Prüfung einer
Einrichtung eines Internetmarktplatzes für Einzelhändler in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01192**

Frau Dr. Schöps regte an, nach gründlicher Analyse des Projektes „Online City Wuppertal“ durch die Verwaltung eine Behandlung des Themas im Wirtschaftsausschuss durchzuführen. Es soll die Möglichkeit zur Unterstützung der Einzelhändler in Halle auf Umsetzbarkeit geprüft werden.

**zu 12.3 Anregung Frau Hintz, SPD-Fraktion, zu einer Kinderspielecke im
Einwohnermeldeamt**

Frau Hintz regte an, im Einwohnermeldeamt eine Kinderspielecke einzurichten.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über das Vorliegen von zwei Anträgen auf Akteneinsicht.

zu 13.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in alle Unterlagen zum Stadtaubenmanagement in Halle

zu 13.2 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) auf Akteneinsicht zum Kauf- und Entwicklungsvertrag Heide-Süd

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bat um die Zusendung des Termins für die Akteneinsicht zum Kauf- und Entwicklungsvertrag Heide-Süd.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer